



Mitteilungen aus der **NNA**

1. Jahrgang/1990
Heft 5

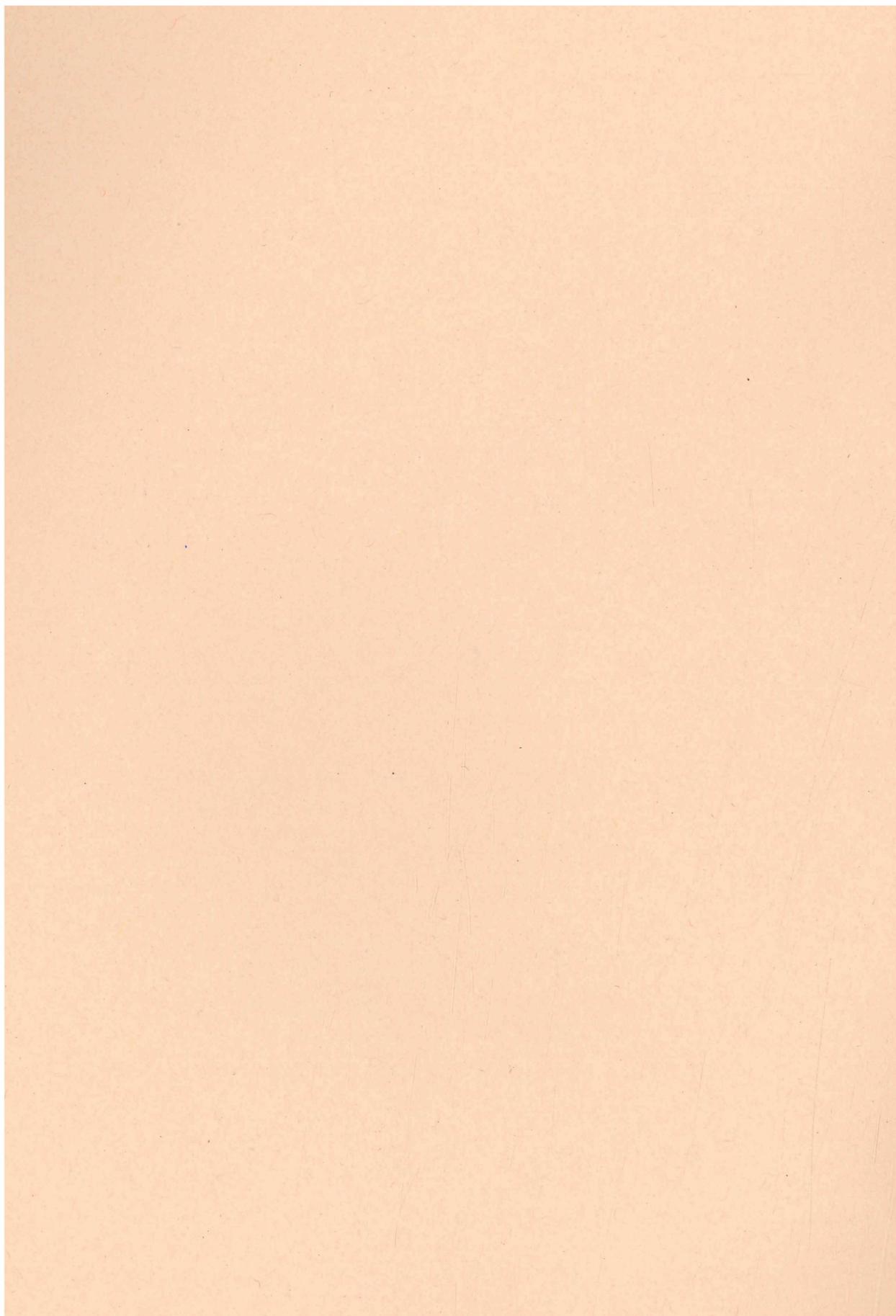


Heft Nordsee und Ostsee

Urlauber-Parlament Schleswig-Holstein

Bericht über die 2. Sitzung

am 24./25. November 1989 in Bonn



Mitteilungen aus der NNA

1. Jahrgang/1990, Heft 5

Helft Nordsee und Ostsee

Urlauber-Parlament Schleswig-Holstein
2. Sitzung am 24./25. November 1989 in Bonn

Veranstaltet vom Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein e. V., Niemannsweg 31, 2300 Kiel

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorworte | 2 |
| Urlauber-Parlament – was ist das? | 4 |
| Eröffnung durch den Präsidenten Carl-Albrecht von Treuenfels, WWF Deutschland | 5 |
| Grußworte | |
| Landrat Volker Steffens, Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein | 6 |
| Hans-Dieter Witte, Bürgermeister der Stadt Bonn | 6 |
| Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages | 7 |
| Lianne Paulina-Mürl, Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages | 7 |
| Statements | |
| Min. Dir. Dietrich Ruchay, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 8 |
| Prof. Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein | 10 |
| Dr. Rolf Olderog, CDU/CSU-Bundestagsfraktion | 12 |
| Klaus Lennartz, SPD-Bundestagsfraktion | 14 |
| Günther Bredehorn, FDP-Bundestagsfraktion | 15 |
| Dr. Manuel Kieper, Parlamentarische Geschäftsführung der GRÜNEN im Bundestag | 16 |
| Aus der Ausschusßarbeit | |
| Ausschuß 1: Forderungen an Politik und Verwaltung | 19 |
| Gesprächsleitung: Carl-Albrecht von Treuenfels. Einführungsreferate: Dr. Michale Braungart, Umweltinstitut Hamburg, und Prof. Dr. Gottfried Vauk, Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e. V. | |
| Ausschuß 2: Forderungen an die Wirtschaft/Landwirtschaft | 22 |
| Gesprächsleitung: Klaus Dürkop, Präsident des Deutschen Bundes für Vogelschutz (DBV). Einführungsreferat: Dr. Ulrich Horstmann, Institut für Meereskunde der Univ. Kiel. Zusatzreferat: Wedig von Bonin, Landwirt. | |
| Ausschuß 3: Forderungen an die Verbraucher | 24 |
| Gesprächsleitung: Otto Deppe, Leiter des Reiseressorts beim Saarländischen Rundfunk. Einführungsreferat: Prof. Dr. Knut Olaf Gundermann, Hygieneinstitut Kiel | |
| Die Beschlüsse des Urlauber-Parlaments | 26 |
| Anregung und Kritik – Briefe zur Bonner Veranstaltung | 26 |
| Rahmen für ein nationales Handlungskonzept zur Rettung von Nordsee und Ostsee | 27 |

Herausgeber und Bezug:

Norddeutsche Naturschutzakademie

Hof Möhr

D-3043 Schneverdingen

Telefon (051 99) 319/319 · Telefax (051 99) 432

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Prof. Dr. G. Vauk

Schriftleitung: Dr. J. Prüter

ISSN 0938-9903

Vorworte

Der Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein hat der Norddeutschen Naturschutzakademie zu danken für die großzügige, spontane Bereitschaft, diese Dokumentation der 2. Sitzung des Urlauber-Parlaments Schleswig-Holstein in ihrer eigenen Schriftenreihe herauszugeben. Das ist weit mehr als nur ein sichtbares Zeichen tatkräftiger Unterstützung. Noch vor wenigen Jahren schien eine Zusammenarbeit von Touristikern mit engagierten Naturwissenschaftlern, Umwelt- und Naturschützern wenig wahrscheinlich. Bis zum gemeinsam ausgestalteten Urlauber-Parlament war es für alle Beteiligten ein weiter Weg.

Bis in die achtziger Jahre hinein griffen der Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein und seine Mitglieder aus Furcht vor zurückgehenden Gästezahlen nur sehr zögernd Probleme des Natur- und Umweltschutzes auf. Eine Bewußtseinsänderung bahnte sich erst im Jahre 1985 mit der polar und aggressiv geführten Diskussion um das Gesetz über den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer an. In der Folge gab der Fremdenverkehrsverband beim Studienkreis für Tourismus eine Untersuchung über die Einstellung der Schleswig-Holstein-Urlauber zu Fragen des Umwelt- und Naturschutzes in Auftrag. Es ergab sich, daß intakte Natur und Umwelt als Reismotiv zu den wichtigsten Aktivposten Schleswig-Holsteins ge-

hören. Im Jahre 1987 machte der Fremdenverkehrsverband dann – erstmals in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden – diese Erkenntnisse zum Gegenstand einer Fremdenverkehrsaktion. Neue Angebote wurden entwickelt, ein gemeinsamer Prospekt wurde erarbeitet.

Zu einem Urlauber-Parlament zum Schutze von Nordsee und Ostsee lud der Fremdenverkehrsverband auf Anraten des Studienkreises für Tourismus im Jahre 1988, dem bösen Jahr der Algenplage und des Robbensterbens, ein. Engagierte Schleswig-Holstein-Urlauber, Wissenschaftler, Politiker und Naturschützer einte, trotz kontroverser Diskussionen, die Sorge um die kranken Meere. Ein Jahr später traf man sich erneut.

Daß die Bemühungen um eine intakte Natur und Umwelt inzwischen gemeinsame Sache von Touristikern und Naturschützern wurden, zeigt sich in vielen Bereichen. Das wird im Prospekt des Fremdenverkehrsverbandes »Natur und Urlaub in Schleswig-Holstein« deutlich, den man zur Zeit gemeinsam neu erarbeitet. Das zeigt aber auch das großzügige Engagement der Norddeutschen Naturschutzakademie für das Projekt Urlauber-Parlament des Fremdenverkehrsverbandes.

gez. Volker Steffens

Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein

Fremdenverkehr und Naturschutz, sind dies nicht Gegensätze, die einander ausschließen? Ungern erinnere ich mich an Zeiten, in denen tatsächlich Forderungen des Natur- und Umweltschutzes auf der einen und Forderungen der »weißen Industrie« auf der anderen Seite unvereinbar erschienen wie Feuer und Wasser. Die Zeiten haben sich, zum Glück, geändert. Beide Seiten haben erkannt, daß es nur ein Miteinander geben kann, zum Wohle der Menschen und der Natur.

Vorreiter dieser Entwicklung waren vor allem Wissenschaftler und Naturschützer der deutschen Küstenregion und der Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein. Letztendlich standen dahinter sehr einfache Erkenntnisse und Erfahrungen beider Seiten. Dem Naturschutz war eigentlich seit langem klar, daß er die Menschen der Küste, Einwohner wie Gäste, in seine Arbeit mit einbeziehen mußte. Es war zunächst und schon recht früh nur von dem Schutz der Küste vor

dem Menschen die Rede, z. B. kaufte der »Verein Jordsand zum Schutz der Seevögel und der Natur« bereits um die Jahrhundertwende die Hallig Norderoog für 12 000,- Goldmark mit dem ausdrücklichen Ziel, sie dem aufblühenden Tourismus zu entziehen, um hier ein Refugium für Seevögel zu schaffen.

Die Einsicht, daß Schutz der Natur auf Dauer nicht erfolgreich sein konnte, wenn die Menschen daran uninteressiert, unwissend oder gar ablehnend waren, führte dazu, daß die Verbände in oder in der Nähe der von ihnen betreuten Schutzgebiete Informationszentren einrichteten und Führungen anboten, die in immer stärkerem Maße genutzt wurden.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte wurden die Gefahren, die der Natur, dem Meer, der Küste drohten, immer deutlicher und auch für Laien erkennbar. Die Verbauung der Küste, die Zunahme der Infrastrukturbauten und des motorisierten Verkehrs brachten Lärm und Gestank. Die Ölpest und in ihrer Folge verschmutzte Strände, verölte, sterbende Vögel betrafen oder bewegten jeden Strandgast. Die Müllflut in der Folge unkontrollierten Tourismus-Wachstums und einer unsensiblen Schifffahrt machte den Kommunen zu schaffen und die Strände abseits der Badeorte (wo ständig »geputzt« werden mußte) zu unübersehbaren Müll- und Dreckhalden. Schließlich waren die sich wiederholenden Algen-Massenvermehrungen von niemandem zu übersehen. Ein vorläufiger Höhepunkt war schließlich das große Seehundsterben 1988, das jedem klarmachte, welche Probleme hier laueren. Gerade wurde in einem Seminar der NNA von Fachleuten wieder deutlich gemacht, daß dieser »Opfergang« der Seehunde keine Folge von Übervermehrung war (wie manche Leute glauben machen wollten), kein »normaler« Vorgang, sondern die Folge einer sich über Jahre hinziehenden, ständigen Belastung mit Umweltgiften. Erst diese ständige Schwächung, verbunden mit steigender Beunruhigung durch den Menschen, konnte einen solch verheerenden Seuchengang erst möglich machen.

Ich gebe gerne zu, daß der Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein schon einige Jahre vorher zu einer Zusammenarbeit mit dem Naturschutz aufgerufen hatte. So wurden auch Versäumnisse und Fehlentwicklungen erkannt und endlich Schluß gemacht mit dem Versuch, die Menschen zu verdummen.

Wie oft habe ich es erlebt, daß wir von Strandverölungen, an Öl und Müll sterbenden Vögeln berichteten und fast postwendend die Dementis der Kurverwaltungen kamen und wir als Panikmacher und Spinner hingestellt wurden.

Neuen Impuls erhielt die umweltorientierte Politik des Fremdenverkehrsverbandes ohne Zweifel durch die Basis selbst. Umfragen ergaben, daß die Menschen, die an der Küste ihren Urlaub verbringen, vor allem an einer intakten Natur, einer sauberen Umwelt interessiert sind. Ein Ergebnis, das mich nach jahrzehntelanger Erfahrung auf Helgoland keineswegs überraschte.

Natürlich wollen die Menschen auch in ihrem Urlaubsort einen gewissen Komfort nicht missen. Aber gleichzeitig sind sie weniger an oberflächlicher Unterhaltung interessiert, sondern suchen den Kontakt mit der Natur, wollen ihre Urlaubsumwelt und deren Schönheiten und Probleme kennenlernen. Zwangsläufig entwickeln diese Menschen dabei auch eine kritische Einstellung zu ihrer Umgebung. Viele Probleme, die Urlauber in den späteren Diskussionen des Urlauber-Parlaments ansprechen (z. B. das Müllproblem), hatten sie ganz persönlich erfahren und durchdacht.

Das »Urlauber-Parlament«, vom Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein ins Leben gerufen, war zunächst sicher eine Idee, für dieses Urlaubsland zu werben. Entsprechend skeptisch stand der Naturschutz zunächst dieser Idee gegenüber, entzog sich aber einer Mitarbeit ebensowenig wie die Politik. Ein Blick in die Liste der Grußworte und Referate macht dies deutlich.

Für mich war aber eine Erkenntnis von besonderer Wichtigkeit: Die »einfachen Urlauber« waren in einer Weise bereit, die anstehenden Probleme zu erfassen und sich an der Diskussion über Lösungsmöglichkeiten zu beteiligen, die meine Erwartungen weit übertraf. Dabei waren oft genug nicht egoistische Ansprüche die Triebkraft, sondern der Wunsch, an einer umwelt- und naturschutzgerechten Politik (nicht nur im Urlaubsort) mitzuwirken.

Diese überraschende Erkenntnis war schließlich der Anlaß, daß die Norddeutsche Naturschutzakademie ihre Möglichkeiten anbot, die vorliegenden Ergebnisse der Plenar-Sitzungen zusammenzufassen und hiermit vorzulegen. Als Norddeutsche (über Ländergrenzen hinweg wirkende Anstalt öffentlichen Rechts) Naturschutzakademie fühlen wir uns allen Menschen, die über die vielfältigen Umweltprobleme der Nord- und Ostsee nachdenken, sehr verbunden, seien es Fachkollegen, Bewohner, Urlauber, Politiker oder Landwirte. In diesem Sinne hoffe ich, daß diese Zusammenfassung eine weite Verbreitung findet, das Interesse der Menschen an diesen Problemen stärkt oder weckt, den Politikern Ansporn und Hilfe ist und den Fremdenverkehr zu noch stärkerem Engagement in Natur- und Umweltschutz anregt.

gez. Prof. Dr. Gottfried Vauk

Direktor der Norddeutschen Naturschutzakademie

Urlauber-Parlament – was ist das?

Das Urlauber-Parlament Schleswig-Holstein ist eine Versammlung von Frauen und Männern aus allen Teilen der Bundesrepublik, denen ihre Urlaubslandschaft am Herzen liegt und die Sorge haben, daß unser sorgloser Umgang mit der Umwelt diese Landschaft zerstört.

Die Idee zu diesem »Parlament« stammt vom Studienkreis für Tourismus. Sie wurde im November 1988 zum ersten Mal vom Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein umgesetzt: 74 Parlamentarier – sämtlich Schleswig-Holstein-Urlauber – trafen sich in Frankfurt, um über die Verschmutzung von Nord- und Ostsee, über Robbensterben und Algenpest, Sauerstoffmangel, Salmonellenalarm, Dünnsäureverklappung und Müllverbrennung zu diskutieren. In einer Resolution appellierten die Parlamentarier an alle Verantwortlichen in Politik, Handel und Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Fischerei, Jagd und Schifffahrt, »alle weiteren Belastungen von Nord- und Ostsee wirksam zu reduzieren oder zu vermeiden«.

Zur zweiten – im folgenden dokumentierten – Sitzung trafen sich 72 Parlamentarier am 24./25. November 1989 in Bonn. Die Tagung begann mit einer Plenarsitzung, in der Vertreter des Bundes- und des Landesumweltministeriums darüber informierten, welche Maßnahmen und Regelungen in den vergangenen Monaten in bezug auf Nord- und Ostsee durchgeführt wurden und wie die Zukunftsplanung aussieht. In drei parallel laufenden Ausschusssitzungen, die von Fach-Referaten eingeleitet wurden, diskutierten die Parlamentarier Forderungen an Politik und Verwaltung, an Wirtschaft und Landwirtschaft und an die Verbraucher. Sie wurden von Wissenschaftlern und Sachverständigen der verschiedensten Institutionen und Verbände begleitet und beraten. Am Ende faßte eine Plenarsitzung die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen.

Im Februar 1990 tagte ein – aus Parlamentariern bestehender – Delegiertenrat auf Einladung der Norddeutschen Naturschutzakademie in Schneverdingen, um ein Resümee der Sitzung in Bonn zu erarbeiten. Die Teilnehmer entwickelten einen Rahmen für ein nationales Handlungskonzept zur Rettung von Nordsee und Ostsee und bereiteten die – hiermit vorliegende – Dokumentation der 2. Sitzung des Urlauber-Parlaments vor. Ein weiteres »Produkt« des 2. Urlauber-Parlaments: die Zeitung »Urlaub und Umwelt«, die kostenlos in Seebädern und beim Fremdenverkehrsverband bereitliegt.

Eröffnung durch den Präsidenten

Carl-Albrecht von Treuenfels,
WWF Deutschland,
Frankfurt/M.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

hiermit eröffne ich die zweite Sitzung des Urlauber-Parlaments Schleswig-Holstein, die unter dem Motto steht: Helft Nordsee und Ostsee. Ich begrüße Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren des Urlauber-Parlaments, ganz besonders herzlich. Viele von Ihnen sind von weit angereist. Ich begrüße auch besonders die Abgeordneten des Bundestages, der Länder-, der Kreis- und Gemeindeparlamente, die hier vertreten sind, insbesondere auch die Vertreter der Fraktionen, und besonders begrüße ich auch Herrn Minister Prof. Dr. Heydemann aus Kiel und Herrn Ministerialdirigenten Ruchey, der in Vertretung für Herrn Bundesumweltminister Prof. Dr. Töpfer gekommen ist, der leider im letzten Moment absagen mußte wegen eines anderen dringenden Termins. Ebenso herzlich willkommen heiße ich die Vertreter von Bundes- und Landesbehörden, von Verbänden und Institutionen, Vertreter der Wissenschaft und der Presse. Ganz an den Anfang stellen möchte ich auch den Dank, meinen Dank, ich glaube auch unseren allgemeinen und gemeinsamen Dank, an den Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein, der es wieder ermöglicht hat, hier für die Nord- und die Ostsee, die es bitter nötig haben, ein Plenum einzuberufen und dafür natürlich auch die Kosten zu tragen. Eine Reihe von Grußworten liegen Ihnen in Ihrer Mappe vor. Ich möchte vermeiden, sie im einzelnen aufzuzählen, es ist außerdem noch ein Gruß von Herrn Bundespräsidenten Weizsäcker angekommen.

Dies ist unsere zweite Sitzung. Alle oder fast alle von Ihnen waren in Frankfurt schon dabei, und Sie finden

auch in Ihren Unterlagen, sofern Sie die Ergebnisse nicht im Kopf haben oder nicht mitgebracht haben, noch unter anderem die Resolution. Was aus der Resolution und den Forderungen, die wir damals gemeinsam aufgestellt haben in Frankfurt vor etwa einem Jahr, geworden ist und wieweit sie, zum Teil wenigstens, verwirklicht wurden, geht hoffentlich aus den folgenden Statements hervor, die im Anschluß an weitere Grußworte hier vorgestellt werden. Diese Sitzung ist im Vergleich zu Frankfurt nicht nur von der Zeit her umfangreicher geplant. Wie Sie wissen, haben die Veranstalter drei Ausschüsse gebildet und mit Fachleuten besetzt, die den vielschichtigen Problemen, die mit dem besseren Schutz von Nord- und Ostsee zusammenhängen, stärker auf den Grund gehen wollen, als das bei der ersten Sitzung möglich war. Jeder von Ihnen hat bereits seine Wahl getroffen, in welchem Ausschuß er mitarbeiten möchte. Zu der Arbeit der Ausschüsse im einzelnen wird es später noch einige Hinweise geben.

Noch ein kurzes Wort zu mir. Ich wurde ja im vergangenen Jahr zum Parlamentspräsidenten gewählt, und man hat mich gebeten, dieses Jahr zumindest auch die Sitzung wieder zur Eröffnung und den ersten Teil zu leiten. Es liegt aber natürlich an dem Parlament, und ich bitte da auch um Vorschläge, gegebenenfalls einen neuen, einen anderen Präsidenten zu wählen. Ich bin sozusagen ein in der Verlängerung des vergangenen Jahres noch amtierender Präsident. Ich stelle mein Amt aber natürlich gerne zur Verfügung, wenn das gewünscht wird.

Ich darf jetzt Herrn Landrat Volker Steffens bitten, sein Grußwort zu sprechen.

Grußworte

Landrat Volker Steffens

*Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbandes
Schleswig-Holstein*

Herr Präsident,
meine Damen und Herren Abgeordneten!

Zur 2. Sitzung des Urlauber-Parlaments Schleswig-Holstein überbringe ich Ihnen die Grüße und den Dank des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein.

Unser Verband, meine Damen und Herren, hat Sie eingeladen und diese Sitzung vorbereitet. Er betrachtet sich desungeachtet aber nicht als Veranstalter, sondern als Gast auf einer Plattform, die wir Ihnen zur Verfügung stellen, um die uns alle bedrängenden Sorgen um den Zustand von Nordsee und Ostsee zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Schon bei der 1. Sitzung am 10. Dezember 1988 in der Alten Oper in Frankfurt habe ich die Motive, die uns zur Einberufung dieses ersten Urlauber-Parlaments veranlaßten, erläutert:

Wir möchten ein unübersehbares Zeichen dafür setzen, daß wir uns nicht resignierend damit abfinden wollen, daß unsere Meere langsam sterben. Wir möchten vielmehr dafür eintreten, daß Naturschutz und Fremdenverkehr, Einheimische und Gäste gemeinsam Front machen gegen die Zerstörung der Umwelt.

So ist die Einberufung dieses Parlaments Öffentlichkeitsarbeit für die Umwelt und zugleich für den Fremdenverkehr unseres Landes, dessen Existenzgrundlage eben diese Umwelt bildet. Und wer wollte bestreiten, daß diese Öffentlichkeitsarbeit legitim und notwendig ist.

Darüber hinaus aber erhoffen wir uns auch von dieser 2. Sitzung mehr als öffentliche Aufmerksamkeit. Hier in Bonn, dem Sitz des Herrn Bundespräsidenten, des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung, schickt sich dieses Urlauber-Parlament an, notwendige Inhalte eines nationalen Handlungskonzeptes für den Schutz von Nordsee und Ostsee zu entwickeln. Es wird dabei beraten von hochrangigen und kompetenten Vertretern der Legislative, der Exekutive, der Wissenschaft, des Naturschutzes, der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs und der Verbraucher.

Möge das gelingen und möge die Idee des nationalen Handlungskonzeptes in den Köpfen der Verantwortlichen hier in Bonn und überall in unserem Land weiter Wurzeln schlagen.

Ich danke den hier versammelten Schleswig-Holstein-Urlaubern für ihre Bereitschaft, für die Umwelt ihres Urlaubslandes einzutreten. Ich danke allen Vertretern von Politik, Regierungen, Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden für die in vielfältiger Form geleistete Unterstützung. Ich danke der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Lufthansa, der Holsten-Brauerei, der PAN AM und der SCHLESWAG dafür, daß sie uns zur Seite stehen. Ich danke der schleswig-holsteinischen Landesvertretung, die uns hier in Bonn gastfreundlich aufgenommen und betreut hat, und last not least danke ich dem Geschäftsführer des Studienkreises für Tourismus, Heinz Hahn, dessen Idee es war, die uns heute hier in Bonn und 1988 in Frankfurt zusammengeführt hat.

Ein Wort des Dankes auch an die Vertreter der Medien:

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holsteins Fremdenverkehr hatte einen guten Sommer. Wir lamentieren nicht aus aktueller Notlage des Fremdenverkehrs. Wir melden uns zu Wort, weil wir Angst haben, daß unsere Natur mehr oder weniger heimlich in Unordnung gerät. Helfen Sie uns dabei, daß dieses nicht geschieht. Helfen Sie mit, die hohe Anziehungskraft unseres schönen Urlaubslandes Schleswig-Holstein zu erhalten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zum Wohle von Nordsee und Ostsee wünsche ich der 2. Sitzung des Urlauber-Parlaments Schleswig-Holstein vollen Erfolg!

Hans-Dieter Witte

Bürgermeister der Stadt Bonn

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, Herr Minister, ich darf Sie auch im Namen der Stadt Bonn herzlich zu Ihrer Tagung willkommen heißen, ganz besonders hier in der Beethovenhalle, die, was Umwelt angeht, Geschichte gemacht hat. Hier war es, wo der spätere Bundeskanzler Willy Brandt 1961 das berühmte Wort von dem Himmel über der Ruhr, der wieder blau werden muß, gesprochen hat, und Sie haben vielleicht noch in Erinnerung, welcher Spott damals und welches Unverständnis in der Öffentlichkeit und in der Presse über diese 1961, also immerhin vor 28 Jahren, erhobene Forderung in der Öffentlichkeit vorhanden war. Sicher war die Forderung damals nach reinem Wasser, nach sauberer Luft, weit-sichtig und auch richtig, aber die Zeit war – wie so oft –

hinter der politischen Entwicklung her oder nicht hinter der politischen Entwicklung, aber wenigstens hinter den politischen Forderungen, und oft ist es ja so, daß wir erst reagieren, wenn die Probleme offenkundig sind, und das ist dann leider häufig viel zu spät. Ich hoffe, daß es für die Ost- und Nordsee nicht zu spät ist, und begrüße daher außerordentlich diese einmalige Form, in der Sie sich hier als Urlauber-Parlament engagieren, gewissermaßen als Betroffene, die dort ihren Urlaub an der Nord- und Ostsee verbringen.

Ich glaube, daß wir alles tun müssen für die Kinder und Kindeskinde, um wieder eine intakte Umwelt zu schaffen. Ich glaube, daß auch die günstigen Entwicklungen in unseren osteuropäischen Nachbarländern uns eine echte Chance bieten zur Zeit, da es sich ja um ein internationales Problem handelt, wenn wir die Nordsee, aber vor allem in dem Fall die Ostsee wieder regenerieren wollen. Daß die Menschen jetzt die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren, was sie auch insbesondere im Hinblick auf Umweltschutz tun, das gibt eine echte Chance, hier wirksam zugunsten des Umweltschutzes und insbesondere auch dieser beiden Meere etwas zu erreichen. Ich glaube, daß auch wir hier im Binnenland etwas tun können für die Nordsee. Bonn liegt am Rhein, der Rhein ist Trinkwasserquelle für über 20 Mio. Menschen, und wir haben uns mit 50 Städten von Basel bis Rotterdam zusammengeschlossen, um etwas zu tun für die Verbesserung der Wasserqualität. Ein zweites Sandoz darf es für den Rhein nicht mehr geben. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, d. h. die Einleitergenehmigungen für die Kommunen und für die Industrie müssen strenger gehandhabt werden. Wir müssen die immer noch im großen Umfang vorhandenen Vollzugsdefizite nach dem Wasserhaushaltsgesetz beseitigen, wenn wir wieder einen sauberen Rhein, wenn wir wieder saubere Meere erhalten wollen. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Tagung vollen Erfolg, und lassen Sie sich von dem guten Umweltgeist »Beethovenhalle« inspirieren bei Ihren Beratungen. Vielen Dank.

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundestages

Zum zweiten Male nach 1988 veranstaltet der Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein ein »Urlauber-Parlament« für Schleswig-Holstein-Urlauber und -Urlauberinnen. Ich begrüße es sehr, daß durch diese Initiative die dringende Notwendigkeit des verstärkten Umweltschutzes in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt wird. Anlaß der Gründung eines »Urlauber-Parlamentes Schleswig-Holstein« im vergangenen Jahr war die große Betroffenheit vieler Menschen über den Verschmutzungsgrad von Nord- und Ostsee und die damit verbundenen Folgen für das Land Schleswig-Holstein.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß den Beratungen, Empfehlungen und der Abschlußresolution des »Urlauber-Parlamentes« große landespolitische Bedeutung zukommt: Von ihnen gingen insbesondere auf der Gemeindeebene wichtige Anstöße und Impulse zu verstärkten Bemühungen um den Umweltschutz aus. Hieran gilt es bei den Sitzungen des zweiten »Urlauber-Parlamentes« anzuknüpfen. Sie werden sich in den beiden Tagen hier in Bonn umfassend über die derzeitige Umweltsituation von Nord- und Ostsee informieren und auf dringend notwendige weitere Schritte zur Verbesserung der Umweltsituation hinweisen. Die Tatsache, daß neben Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages auch Bundes- und Landesminister an den Sitzungen des »Urlauber-Parlamentes« teilnehmen werden, zeigt, welche politische Bedeutung dieser Veranstaltung beigemessen wird.

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des zweiten »Urlauber-Parlamentes Schleswig-Holstein« aufschlußreiche und anregende Beratungen. Zu wünschen ist, daß von dieser begrüßenswerten Initiative des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein auch über die Landesgrenzen hinaus nachhaltige Impulse für den Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland ausgehen werden.

Lianne Paulina-Mürl

Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Sehr geehrte Herren und Damen!

Auf Initiative des Fremdenverkehrsverbandes wurden am 10. Dezember 1988 74 Bürger und Bürgerinnen, die Schleswig-Holstein als Urlaubsland kennen- und schätzengeliebt haben, zur Teilnahme an der 1. Sitzung eines Urlauber-Parlamentes Schleswig-Holstein in die Alte Oper nach Frankfurt eingeladen.

Es ist das besondere Verdienst des Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein, eine uns alle interessierende und letztlich gemeinsam zu verantwortende Problematik – nämlich den ernstzunehmenden Zustand der Nord- und Ostsee – zum Thema des Urlauber-Parlamentes gemacht und damit einen wichtigen umweltpolitischen Anstoß gegeben zu haben.

Ich denke, daß sich die erfreuliche Resonanz auf das Urlauber-Parlament zum einen aus seinem breiten Informationsangebot ergab.

In besonderer Weise zu würdigen ist aber meines Erachtens die Tatsache, daß darüber hinaus im Rahmen des Urlauber-Parlamentes ein Forum geschaffen worden ist, das einen direkten Austausch zwischen sich verantwortlich fühlenden Bürgern und Bürgerinnen einerseits sowie zwischen Politikern und Wissenschaftlern andererseits ermöglicht.

Durch kritische Fragen und Beiträge artikulierten Sie als Urlauber-Parlamentarier Ihre Betroffenheit gegenüber den Politikern. Sie brachten viel Sachverstand aus allen Ecken der Republik ein und belebten damit eine Diskussion, die am Ende der Sitzung zu einer klar umrissenen Resolution führte. Diese Resolution enthält dezidierte Forderungen an Bund, Länder und Gemeinden, an die Wirtschaftszweige sowie an die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik, um nur die wichtigsten Adressaten zu nennen.

Ich denke, Sie haben damit eine Leistung vollbracht, auf die Sie zu Recht stolz sein dürfen.

Durch Ihre lebhaft und konstruktive Arbeit haben Sie ein Fundament geschaffen, auf dem das 2. Urlauber-Parlament unmittelbar aufbauen kann.

Allen Beteiligten wünsche ich eine anregende Diskussion, die mit dazu beiträgt, dem gemeinsamen Ziel – der Erreichung des ökologischen Gleichgewichts von Nord- und Ostsee – ein Stück näherzukommen.

Statements

MD Dietrich Ruchay

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1.

Die Bundesregierung bereitet sich derzeit intensiv auf die 3. Internationale Nordseeschutzkonferenz (3. INK) im März 1990 in den Niederlanden vor. Dabei wird im ersten Teil die nationale Umsetzung der Beschlüsse aus der 2. INK zu diskutieren sein. Die Bundesregierung hat ihre Aktivitäten in einem 10-Punkte-Programm im Juni 1988 zusammengefaßt. Dieses Programm ist planmäßig abgewickelt worden; so sind

- die Vorschriften zur Verminderung der Nährstoffe im Abwasser der Industrie und der Kommunen
- die Anforderungen an den Stand der Technik zur Verminderung der gefährlichen Stoffe im industriellen Abwasser
- der Entwurf eines verschärften Abwasserabgabengesetzes
- ein Förderprogramm für Gewässerrandstreifen

fristgerecht vorgelegt bzw. in Kraft gesetzt worden. Ebenso wird die Dünnsäureverklappung noch in diesem Jahr – wie versprochen – in der Bundesrepublik beendet. Auch die Hohe-See-Verbrennung ist planmäßig von 55 000 t im Jahr 1987 auf voraussichtlich ca. 25 000 t 1989 drastisch verringert. Dies zeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Verpflichtungen aus der 2. INK nicht nur nachkommt, sondern sie möglichst noch übertrifft. Sie hofft, daß auch die übrigen Nordseeanrainerstaaten vergleichbare Erfolgsbilanzen vorlegen werden.

Derzeit stellt das Sekretariat der 2. INK die nationalen Berichte zusammen. Die Bundesregierung will

sich aber nicht mit dem Erreichten zufriedengeben und wird daher in der 3. INK weitergehende Forderungen stellen, z. B.

- Beendigung des Einbringens von Industrieabfällen in die Nordsee
- Beendigung der Klärschlammverklappung
- Anwendung des Vorsorgeprinzips
- Emissionsbegrenzung an der Quelle und Vermeidung von Abwassereinleitungen nach dem Stand der Technik
- Einführung der Nährstoffreduzierung bei allen größeren kommunalen Kläranlagen
- Erklärung der Nordsee zum Sondergebiet für Öl- und Chemikalienabfälle gemäß MARPOL – Anlagen I und II
- Verbot des Versenkens ausgedienter Bohrplattformen in der Nordsee

Leider sind diese Positionen derzeit international noch nicht mehrheitsfähig.

2.

Im weiteren Teil der 3. INK werden neue Verhandlungspunkte zu erörtern sein:

2.1 Eintrag von langlebigen, toxischen und zu Bioakkumulation neigenden Stoffen über Flüsse und Flußmündungen

Die Umsetzung des Beschlusses der 2. INK, die Schadstoff-Fracht auf der Basis des Jahres 1985 bis 1995 um 50 % zu reduzieren, wird ein Schwerpunkt der 3. INK sein. International muß man sich über die Stofflisten einigen, d. h. die Frage, welche Stoffe um 50 % zu reduzieren seien und welche Branchen vorrangig betroffen seien, ebenso wie über Meßverfahren, da sonst we-

der eine Vergleichbarkeit noch eine der Wirklichkeit entsprechende Gesamtbilanz für 1995 erstellt werden könne. Weiterhin müssen alle Schwermetalle und wichtige persistente organische Halogenverbindungen in der Liste enthalten sein. Die Anrainerstaaten verhandeln derzeit über eine Beendigung des Gebrauchs von PCBs. Der vorbereitenden Arbeitsgruppe der 3. INK liegt ein deutscher Vorschlag zum baldigen Verbot bestimmter Pflanzenschutzmittel vor.

2.2 Einleitung von Nährstoffen

Nach dem Beschluß der 2. INK sind Nährstoffe ebenfalls auf der Basis des Jahres 1985 bis 1995 um 50 % zu reduzieren. Die Bundesregierung hat in der 3. INK zur Verbesserung der kommunalen Abwasserbehandlung einen weitgehenden Vorschlag eingebracht, der auf dem 10-Punkte-Programm basiert. Danach sollen z. B. grundsätzlich alle größeren Gemeinden im Nordsee-Einzugsbereich nicht nur mit kommunalen Kläranlagen, sondern auch mit der dritten Reinigungsstufe zur Reduzierung von Phosphor und Stickstoff ausgerüstet sein. Das gleiche gilt auch für vergleichbares industrielles Abwasser. Dies ist international bis heute keineswegs der Fall.

2.3 Abfallverklappung und Abfallverbrennung auf hoher See

Vor wenigen Tagen ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Anlage zur Aufbereitung der restlichen Dünnsäure, die bis vor kurzem noch in die Nordsee eingebracht wurde, in Betrieb gegangen. Damit wird noch vor Ablauf des Jahres 1989 – entsprechend dem 10-Punkte-Programm – jegliche Einbringung von Industrieabfällen aus der Bundesrepublik Deutschland beendet sein. Die Bundesrepublik Deutschland hat somit einen wichtigen Punkt der 2. INK vorzeitig erfüllt.

Über das Jahresende 1989 hinaus werden Frankreich, Großbritannien und Spanien weiterhin Dünnsäure einleiten. In den Vorbereitungsarbeiten wird Großbritannien von allen anderen Anrainerstaaten gedrängt, die nur von dort praktizierte Einbringung von Klärschlamm ebenfalls bis 1995 zu beenden. Die Bundesrepublik Deutschland hat Großbritannien einen Stufenplan zur Beendigung der Einbringung von Klärschlamm vorgeschlagen. Thema der 3. INK wird selbstverständlich auch die Verbrennung von Abfällen auf See sein, die zuletzt in der Bundesrepublik für Aufsehen gesorgt hat, nachdem eine Verschiffung über Antwerpen seit dem 4. Oktober 1989 nicht mehr möglich ist.

Es obliegt der deutschen Industrie und den für den Vollzug des Abfallrechtes zuständigen Ländern, durch Wiederaufarbeitung und andere Maßnahmen das Entsorgungsproblem betreffend CKW-Abfälle zu lösen. Verbesserung der Produktionsabläufe mit dem Ziel der Abfallverringern und Abfallverwertung

haben Vorrang vor Beseitigung. Ein Beispiel dafür ist die vom Bundeskabinett bereits im April 1989 beschlossene Verordnung über die sachgerechte Entsorgung und Wiederverwendung gebrauchter halogenierter Lösemittel. Die 3. INK wird sich nach deutscher Auffassung auch noch einmal mit dem Zeitplan zur Einstellung der Hohe-See-Verbrennung eingehend befassen müssen; dabei ist zu prüfen, ob der bisher für Ende 1994 vorgesehene Ausstieg aus dieser Verbrennung schon früher erreicht werden kann. Von deutscher Seite wird eine Einstellung der Verbrennung zum 31. Dezember 1991 angestrebt.

2.4 Verschmutzung der Nordsee durch Schiffe

Diskutiert werden weiterhin die Forderungen nach Erklärung der Nordsee zum Sondergebiet für Ölableitungen und für Chemikalienabfälle nach den Anlagen I und II des sog. MARPOL-Gesetzes. Der Bundesumweltminister hat in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland für diese Forderung nur von ein bzw. zwei Anrainerstaaten Unterstützung erhält. Weitere mit der Schifffahrt zusammenhängende Themen sind die Verhütung von Öltankerunfällen, die Verhinderung der Ableitung von Fäkalien aus Passagierschiffen, die Luftverschmutzung durch Schiffe, die Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter, die Verbesserung der Kontrolle und die ausreichende Kapazität von Auffanganlagen für Schiffsabfälle (Öl, Chemie, Müll).

2.5 Verschmutzung durch Bohrplattformen

Die Bundesrepublik hat in den vorbereitenden Arbeiten der 3. INK einen Vorschlag eingebracht, die Haftung für Verschmutzung durch Bohrplattformen, die bisher nur in Form von freiwilligen Vereinbarungen mit der Industrie besteht, international rechtlich verbindlich zu regeln. Ausgediente Plattformen sollen nach bisheriger Planung 70 m unter der Wasseroberfläche abgeschnitten und an Ort und Stelle versenkt werden, wenn eine Beseitigung an Land nicht möglich oder zu teuer ist. Die Bundesregierung hat bei den Vorbereitungsarbeiten zur 3. INK einen Vorschlag eingebracht, wonach Plattformen künftig so konstruiert sein müssen, daß sie nach Gebrauch vollständig abgebaut und an Land entsorgt werden können.

2.6 Weitere Themen

Thema der 3. INK wird auch die verstärkte Überwachung illegalen Einleitens von Öl und Chemikalien aus Schiffen sein. Hierbei spielt die Luftüberwachung eine zentrale Rolle. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 2. August 1989 mit Dänemark eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Überwachung der Nordsee beschlossen. Ein entsprechendes Abkommen mit den Niederlanden steht vor dem Abschluß. Schließlich stehen noch Themen wie Erweiterung wissenschaftlicher Kenntnisse und Erkenntnis-

se, die Bergung gesunkener Schiffe und gefährlicher Ladungen sowie das Thema Fischerei auf der Tagesordnung der 3. INK. Das letztere Thema ist erstmals Gegenstand der Diskussionen bei einer Nordseeschutzkonferenz. Die ökologischen Auswirkungen der Fischerei auf die Nordsee sollen bei der Vergabe von Forschungsprojekten geprüft werden.

3. Teilnahme der Schweiz, der DDR und der CSSR an der 3. INK

Die Bundesregierung hat sich für eine gleichberechtigte Teilnahme der Umweltminister aus der Schweiz, der DDR und der CSSR an der 3. INK ausgesprochen. Alle drei Staaten sind über die Flußsysteme Rhein, Weser und Elbe an der Belastung der Nordsee mitbeteiligt. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, daß auch dort die Belastung der Gewässer in gleicher Art und im gleichen Umfang wie in den Anrainerstaaten vermindert wird.

Professor Dr. Berndt Heydemann

*Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung
des Landes Schleswig-Holstein*

In der 2. Sitzung des »Urlauber-Parlamentes Schleswig-Holstein« am 24./25. 11. 1989 in Bonn sollen, aufbauend auf die Bestandsaufnahme der 1. Sitzung in der Alten Oper in Frankfurt (10. Dezember 1988), die Schritte zur Verbesserung der Umweltsituation von Nord- und Ostsee aufgearbeitet und in ihrer Wirkung abgeschätzt werden. Außerdem ist beabsichtigt, weitere konkrete Schritte zu planen.

Wirksamer Schutz von Natur und Umwelt ist nach Meinung der Bundesbürger derzeit die wichtigste politische Aufgabe. Gleichzeitig stellen die Bundesbürger jedoch mit zunehmendem Einkommen und zunehmender Freizeit wachsende Anforderungen an Natur und Landschaft, vor allem auch durch Tourismus und Fremdenverkehr.

Nord- und Ostsee sind ein Beispiel dafür, wie ein großflächiger Lebensraum nach wie vor menschlichen Nutzungsansprüchen genügen kann, ökologisch jedoch langsam aber sicher zugrunde geht. Schleswig-Holstein als Anliegerland von Nord- und Ostsee ist im besonderen Maße durch die Gefährdung der Ökosysteme der beiden Flachmeere von Nord- und Ostsee und der Elbe als einem wesentlichen Zuträger der Nordsee betroffen. Wesentliche Gefährdungspotentiale stellen die Schmutz-, Schad- und Nährstoffeinträge in die Gewässer und die beiden Meere dar. Hinzu kommt die Störung der küstennahen Bereiche der Meere, insbesondere des Deutschen Wattenmeeres, das Lebensraum und Regenerationsplatz für eine Vielfalt von Leben ist. Menschliche Nutzungsansprüche beeinträchtigen in vielfältiger Weise diesen ökologisch so wertvollen Raum. Dabei kann das Wasser dieser Meere durch-

aus menschlichen Nutzungsansprüchen genügen. Betrachten wir die Wasserqualität an unseren Küsten, ist die Badewasserqualität nach wie vor als gut bis sehr gut zu bezeichnen. Hingegen müssen wir die ökologische Qualität mit Noten von 4 bis 5 bewerten.

Diese sicher manchen als zu pessimistisch, ja schwarzmalersisch erscheinende Diagnose des Zustandes der Natur erfordert neue Antworten in der Therapie. Die alten Antworten können offensichtlich ein langsames Sterben der Natur nicht verhindern. Ich will versuchen, Ihnen einige der neuen Antworten zu zeigen, die die Schleswig-Holsteinische Landesregierung gegeben hat. Ich will aber auch den Rahmen aufzeigen, in dem sich eine Natur- und Umweltpolitik bewegen muß, die sich an ökologischen Gütezielen orientiert und hohen umfassenden Ansprüchen gerecht werden soll.

Schon das erste Urlauber-Parlament Schleswig-Holstein hat aus der Anhörung von Politik und Wissenschaft die Überzeugung abgeleitet, daß die andauernde Belastung von Nord- und Ostsee beiden Ökosystemen schwere Schäden zugefügt hat. Diese Schäden und ihre Auswirkungen haben auch das hohe Ansehen der Urlaubsregionen an Nordsee und Ostsee in Frage gestellt. Auch wenn gesundheitliche Risiken für Badende in diesem Jahr nicht gegeben waren, lassen sie sich für die Zukunft bei unveränderter Belastung nicht mit Sicherheit ausschließen.

Außerdem sind Natur und Umwelt nicht nur für den Menschen da. Wir dürfen Natur- und Umweltschutzpolitik nicht immer nur aus der Sicht der Gesundheit des Menschen betrachten. Diese Betrachtungsweise hat in der Vergangenheit viel zu sehr unsere Politik bestimmt.

Über das hohe Gut einer intakten Natur und Umwelt hinaus geht es uns aber auch um Freizeit und Erholung, um Sicherheit und Schutz unserer Urlaubsgäste aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. Natürlich sollen sich die Gäste in Schleswig-Holstein wohlfühlen und zum Baden ins Wasser gehen können. Insofern ist es unser gemeinsames Ziel, die ökologische Situation von Nord- und Ostsee auch im Interesse des Tourismus weiter zu verbessern. Die aktuelle Situation von Nord- und Ostsee hat uns im vergangenen Jahr in aufrüttelnder Deutlichkeit vor Augen geführt, daß der Endpunkt menschlicher Mißhandlung der Meere erreicht ist. Die Handlungszwänge sind seither allgemein bekannt. Dieser Handlungspflicht kann sich auch keiner entziehen, weder der Bund noch die Länder, weder die Landwirtschaft noch die Industrien, noch jeder einzelne Bürger.

Obwohl die Küstenländer, ungewollt und ohne alleiniger Verursacher zu sein, zum alleinigen Lastenträger aller Oberlieger zu werden drohen, hat Schleswig-Holstein bereits umfangreich gehandelt. Trotz der schlechten Finanzlage haben wir umweltpolitisch motivierte umfangreiche Investitions- und Zuschußpro-

gramme aufgelegt. Es handelt sich bei nahezu allen Maßnahmen, die ich hier nur stichwortartig wiedergeben kann, um Vermeidungsversuche hinsichtlich weiterer Einträge an Schmutz-, Schad- und Nährstoffen. Mir ist aber sehr daran gelegen, über diese weitgehend technischen Maßnahmen hinaus zunehmend zu integrierten Schutzkonzepten im Meeres- und Küstenbereich zu kommen.

In Anbetracht der problematischen Gesamtsituation der Nord- und Ostsee versucht die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in Zusammenarbeit mit den kommunalen Gremien der Inseln Föhr, Amrum, Sylt und Pellworm, ganzheitliche, problemlösungsorientierte Schutz- und Entwicklungskonzepte für die Inseln zu erarbeiten und je nach Erarbeitungsstand umzusetzen. Die Einbeziehung der Inseln Nordstrand und Helgoland ist geplant, die Ausweisung vergleichbarer Modellgebiete im Bereich der Ostseeküste in Vorbereitung.

Neben vorhandenen Haushaltsmitteln war beabsichtigt, Mittel der Strukturhilfe im Rahmen dieser Konzepte einzusetzen. Dieses ist vom Bundesfinanzminister bisher nicht akzeptiert worden. Angesichts der Finanz- und Haushaltslage des Landes Schleswig-Holstein und unserer anderen kostenintensiven Bemühungen im vorbeugenden Natur- und Umweltschutz steht und fällt eine zügige Umsetzung der integrierten Schutzkonzepte mit der Zustimmung des Bundes zur entsprechenden Verwendung der dem Lande Schleswig-Holstein zugewiesenen Strukturhilfemittel. Ich bitte die anwesenden Bundespolitiker, besonders Sie, Herr Bundesminister Töpfer, um ihre fachliche Unterstützung in diesem Bereich.

Die Ereignisse des vergangenen Jahres, das Robbensterben in der Nordsee, die giftigen Algen im Skagerrak und im Kattegat sind in der Presse, im Rundfunk sowie im Fernsehen ausführlich behandelt worden und haben vielerorts Zweifel aufkommen lassen, ob man weiterhin unbesorgt an unseren Küsten baden kann.

Um allen Befürchtungen umfassend entgegenzutreten zu können, hatte die Landesregierung für die Badesaison 1989 den Umfang der Untersuchungen über die vorgeschriebenen Überprüfungen hinaus erheblich ausgeweitet durch häufigere Probennahme, Aufnahme zusätzlicher Faktoren der Badewasserqualität sowie Kontrolle und Bewertung der Algenentwicklung in den küstennahen Gewässern.

Den Feriengästen an Nord- und Ostsee und den Einwohnern des Landes sollen mit diesen erweiterten Untersuchungsprogrammen die intensiven Bemühungen der Landesregierung deutlich gemacht werden, daß man einer der schönsten und gesundheitsfördernden Freizeitbeschäftigungen, dem Baden und Schwimmen, in Schleswig-Holstein, ohne Besorgnis nachgehen kann. Denn sauberes Badewasser ist eine selbstverständliche Voraussetzung für den Fremdenverkehr Schleswig-Holsteins.

Nach Ablauf der diesjährigen Badesaison und der zwischenzeitlichen regelmäßigen Veröffentlichungen der Untersuchungsergebnisse kann festgestellt werden, daß die zusätzlichen Maßnahmen des Landes einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Fremdenverkehrs geleistet haben.

Für das vielfältige ökologische Leben im Wasser, und damit für die Wasserqualität, gelten jedoch andere Kriterien als für die Badewasserqualität. Durch das ständige Leben im und vom Wasser und über die Nahrungskette reichern maritime Lebewesen die Stoffe tausend- und millionenfach an. Selbst geringste Verunreinigungen, die nur in Spuren im Meerwasser enthalten sind und sich kaum noch nachweisen lassen, können so zu einer Gefahr für das Leben im Wasser werden.

Nach Eingang der letzten Untersuchungsergebnisse ist beabsichtigt, eine umfassende Auswertung des umfangreichen Datenmaterials vorzunehmen. Wie die bisherige vorläufige Bewertung zeigt, werden die großen Anstrengungen, die die Schleswig-Holsteinische Landesregierung insbesondere zum Schutz von Nord- und Ostsee bereits eingeleitet hat, in der Aussage über die Badewasserqualität erste Erfolge zeigen.

Durch das umfassende Programm zum verbesserten Schutz der Nord- und Ostsee, das aus 10 Teilprogrammen zusammengesetzt ist, soll die Regenerationskraft der Nord- und Ostsee gestärkt werden, auch als wirtschaftlich und touristisch bedeutender Faktor für Schleswig-Holstein. Folgende Teilprogramme sind bisher in Angriff genommen worden:

- Phosphateliminierung durch chemische Ausfällung
- Dringlichkeitsprogramm mit insgesamt 5 chemischen Teilprogrammen (Klärung der Phosphate, Nitrifizierung, Denifikation, Schwebstoffabfang/Schadstoffiltration, hygienische Nachbehandlung)

Mit diesen Maßnahmenpaketen ist Schleswig-Holstein in der Abwasserreinigung absoluter Vorreiter in Europa.

Ausgelöst durch die Salmonellenbefunde in den niedersächsischen Küstengewässern wurde auch in Schleswig-Holstein die Ausrüstung von Schiffen mit geschlossenen Sammeltanks für die an Bord anfallenden Fäkalien und die Errichtung von entsprechenden Annahmestationen in den Häfen forciert. Ich kann davon ausgehen, daß bis zum Beginn der Badesaison nächsten Jahres auf allen Schiffen und in allen Häfen diese Anlagen vorhanden sind, so daß auch diese Belastungsquellen für die Küstengewässer nicht mehr vorhanden sind.

Aber ein moderner und zukunftsorientierter Gewässerschutz kann sich nicht darauf beschränken, die chemische Qualität des in Gewässerbetten stehenden und abfließenden Wassers zu verbessern. Er muß umfassend auf die Erhaltung und Verbesserung der Qualität unserer Gewässer als Lebensraum für eine artenreiche Flora und Fauna abzielen.

Gewässerschutz darf sich daher nicht in einer geordneten Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung erschöpfen, sondern muß selbstverständlich auch den Stoffeintrag aus der Fläche in unsere Gewässer und die Gestaltung, insbesondere der Fließgewässer, zu mehr Naturnähe hin umfassen.

Wir werden in den nächsten Jahren ein Programm zum naturnäheren Ausbau ausgewählter Fließgewässer auflegen. So werden wir schrittweise in den einzelnen Naturräumen ein miteinander vernetztes Biotopsystem von kleinen Biotopen und naturnäher gestalteten Fließgewässern schaffen. Hier sind auch unsere Landwirte gefordert, die einen Teil ihrer Flächen ganz aus der Nutzung nehmen müssen und auf den übrigen Flächen mit geringerer Intensität wirtschaften sollten. Letztlich wird sich dieses Problem nur dadurch lösen lassen, daß Umweltpolitiker und Agrarpolitiker gemeinsam die Rahmenbedingungen für eine umweltfreundliche Landwirtschaft entwickeln und die Landwirte in den Stand versetzen, unter Wahrung ihrer Existenzfähigkeit ihre Flächen so zu bewirtschaften, daß schädliche Umwelteinwirkungen weitestgehend vermieden werden. Dies ist sicher ein langer und wahrscheinlich auch schmerzlicher Anpassungsprozeß, wie wir bei der Erarbeitung der Gülleverordnung in Schleswig-Holstein gesehen haben. Die ökologisch anspruchsvollste Gülleverordnung der EG ist bei uns am 1. 8. 1989 in Kraft getreten. Damit wird eine Verringerung des Eintrags von Stickstoff über landwirtschaftliche Flächen in Binnen- und Küstengewässer erreicht.

In diesem Zusammenhang ist auch das Uferrandstreifenkonzept der Landesregierung zu nennen. Das Uferrandstreifenprogramm ist Bestandteil des Landesprogrammes »Extensivierung der Landbewirtschaftung« und verfolgt das Ziel, mit ungenutzten Streifen beiderseits der Fließgewässer die oberflächennah aus landwirtschaftlichen Nutzflächen in die Gewässer gelangende Nährstoff-Fracht durch eine ungestörte Vegetationsentwicklung im Randstreifen zu reduzieren und zur Schaffung eines landesweiten Biotopverbundsystems beizutragen.

Nicht zuletzt haben wir auch die Akzeptanz für unsere Schutzmaßnahmen vor Ort durch intensive Informationssammlung, Informationsvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit erhöht, z. B. durch die Ermöglichung der Fernsehbeobachtung von Robbenbänken, um Störungen zu vermeiden, z. B. durch Gespräche mit Organisationen, Verbänden und Institutionen von Einleitern, z. B. durch Organisationen von Meeres- und Robbenschutzfachkonferenzen und vieles andere mehr.

Verantwortung für unsere Mitmenschen, Mitgeschöpfe und unsere Nachkommen zwingt uns zum Handeln nach bestem Wissen und Gewissen. Schleswig-Holstein hat gehandelt und wird seine Maßnahmen weiter verbessern. Von anderen steht das Handeln noch weit-

gehend aus. Wichtig aber ist, daß wir alle unseren Beitrag dazu leisten, der geschundenen Natur künftig mehr als bisher zu ihrem Recht zu verhelfen. Ich zähle bei dieser großen Aufgabe weiterhin auf Ihre tatkräftige Unterstützung.

Grundsätze der Landesregierung Schleswig-Holstein sind:

- Natur und Umwelt dürfen nicht wie bisher immer nur aus der Sicht der Gesundheit des Menschen betrachtet werden.
- Natur- und Umweltschutzpolitik müssen Vorsorgepolitik sein und nicht immer nur den Katastrophenentwicklungen hinterherlaufen.
- Dazu brauchen wir ökologische Güteziele und integrierte Maßnahmenansätze mit Querschnittscharakter.
- Nur wenn wir das Kurieren an Einzelsymptomen auf Sicht überwinden, werden wir erfolgreich bei der Erhaltung von Natur und Umwelt sein können.

Dr. Rolf Olderog

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bonn

Waldsterben, Robbentod, explosionsartige Vermehrung der Algen, das alles hat uns schonungslos offenbart, wie sehr wir Menschen, wir alle, die Natur belastet und vergiftet haben. 1989 sind uns so dramatische Bilder erspart geblieben. Wir konnten lesen, daß die Badewasserqualität in Nord- und Ostsee immer noch hervorragend ist. Es wäre jetzt fatal, wenn wir glauben, wir könnten die Hände in den Schoß legen. Nein, wir müssen die Anstrengungen intensiv fortsetzen und dürfen nicht müde werden, das, was wir uns unter den dramatischen Eindrücken des Vorjahres vorgenommen haben, jetzt auch tatsächlich zu verwirklichen. Es ist sicher richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland im Umweltschutz, auch was die Nord- und Ostsee angeht, eine Vorreiterrolle einnimmt. Aber auch das darf kein Grund sein, nachzulassen. Ich möchte ausdrücklich den Schleswig-Holsteinischen Fremdenverkehrsverband und auch Herrn Dr. Hahn, der die Idee gehabt hat, beglückwünschen, daß sie diese Parlamentsveranstaltung durchführen.

Als Fremdenverkehrs-Politiker ging mir zunächst durch den Kopf: Ist das nicht eine Negativwerbung für Schleswig-Holstein, unsere Umweltprobleme zum Thema eines solchen Forums vor der Öffentlichkeit zu machen? Aber nicht Gesundreden, nicht Beschönigen, nicht Zudecken und Verstecken helfen der Nord- und der Ostsee. Offenheit, Problembewußtsein durch solche Veranstaltungen wie heute zu schaffen und immer wieder an die Verantwortlichen zu appellieren, mehr zu tun, das ist in der Tat der Ansatz einer Therapie. Lieber heute durch schonungslose Aufklärung das

Risiko gewisser Einbußen im Fremdenverkehr in Kauf nehmen, als vielleicht in zehn bis zwanzig Jahren dann den ökologisch bedingten Zusammenbruch des Fremdenverkehrs an Nord- und Ostsee zu erleben. Ich wünschte, daß diese Form von Glasnost auch in mehr Vorstandsetagen der deutschen Industrie einziehen würde und man in gleicher Weise die Umweltprobleme so offenbar machen würde.

Verantwortungsbewußte Fremdenverkehrspolitik bedeutet ja nicht nur, die Wirtschaft in die Verantwortung zu nehmen, die Politiker selbst in die Verantwortung zu nehmen, sondern bedeutet auch den Appell an den Urlauber, sich umweltverträglich, umweltbewußt zu verhalten. Tourismus mit Einsicht, das ist es, was wir Fremdenverkehrs-Politiker gemeinsam mit den Umweltverbänden fordern. Prof. Heydemann hat darauf hingewiesen, daß jeder einzelne, gerade jeder einzelne Urlauber auch einen Beitrag leisten kann, damit es einen solchen Tourismus mit Einsicht gibt.

Ich glaube, daß es gut wäre, wenn dieses Urlauber-Parlament Schule machte und das gleiche vielleicht geschehen würde für den Raum des Schwarzwaldes, für den Bereich der Alpen oder auch für die Adria. Wir können noch lange keine Entwarnung geben. Von einer befriedigenden Situation sind wir trotz aller Anstrengungen noch weit entfernt. Aber ich finde auch, daß es die Fairness gebietet, anzuerkennen, daß eben auch tatsächlich schon viele Anstrengungen unternommen worden sind, und daß man eine ganze Reihe von Schritten gemacht hat. Und ganz besonders bedanke ich mich auch bei Bundesminister Töpfer, der ja auch den Kampf führen muß gegen andere Ressorts und gegen den Finanzminister. Und Sie haben in dem Bericht auch von der Landesregierung Kiel gehört, es geschieht bei uns in der Bundesrepublik auch manches über das hinaus, wozu man verpflichtet ist, was in den Nordseeschutz-Konferenzen vereinbart ist und was gesetzlich festgelegt worden ist. Ich bitte, ich appelliere an die Bundesregierung, immer wieder neue Anstöße zu geben und mehr zu leisten als das, was internationale Verpflichtungen sind.

Ich freue mich darüber sehr, daß wir es geschafft haben, lange vor dem festgesetzten Termin die Dünn säureverklappung zu beenden; daß wir auch versuchen wollen, die Verbrennung von Abfallstoffen auf hoher See deutlich früher zu beenden als vorgesehen. Ich glaube, jetzt ist es sehr wichtig, daß man sich das, was man im 10-Punkte-Programm der Bundesregierung von Minister Töpfer, was man sich auf der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz vorgenommen hat, auch wirklich Schritt für Schritt abarbeitet. Sie haben die Bilanz heute vorgelegt, und ich hoffe, daß das eben nicht nur bei uns, sondern auch bei den anderen Ländern geschieht.

Meine Damen und Herren, wir fordern natürlich die Bundesregierung auf, auf internationalem Feld wei-

terhin Initiativen zu ergreifen, zu neuen Vereinbarungen und neuen internationalen Abkommen beizutragen und dort, wo das Notwendige nicht geleistet wird, den ganzen massiven Druck über die Europäische Gemeinschaft in der Politik, über die Finanzen und über unsere Wirtschaftskraft einzusetzen, damit es auch in den übrigen Anrainerstaaten der Nordsee und der Ostsee so geschieht. Wir dürfen mit dem, was geleistet und vereinbart worden ist, nicht zufrieden sein.

Es ist jetzt wichtig, daß wir uns kümmern um: Beendigung des Einbringens von Industrieabfällen in die Nordsee durch alle Anlieger; Beendigung der Klärschlamm-Verklappung spätestens bis 1995; Emissionsbegrenzung an der Quelle und Vermeidung von Abwassereinleitungen nach dem Stand der Technik, insbesondere für gefährliche Stoffe und wichtige Branchen; allgemeine Verpflichtung für alle Gemeinden mit einer bestimmten Größe zur Abwasserreinigung nach Mindestanforderungen; Einführung der Nährstoffreduzierung bei allen größeren kommunalen Kläranlagen. Endlich Erklärung der Nordsee zum Sondergebiet für Öl- und Chemikalienabfälle gemäß MARPOL; Verbot des Versenkens von Bohrplattformen in der Nordsee; Verbesserung der Tankersicherheit und des Transports gefährlicher Güter.

Ein Problem ist der Nährstoffeintrag und der Eintrag von Rückständen aus Pflanzenschutzmitteln. Ich fordere die Bundesregierung und Herrn Bundesminister Töpfer auf, sich an der agrarpolitischen Diskussion, an der Grundsatzdiskussion zu beteiligen durch die Vorlage eines ökologischen Konzeptes für die Agrarpolitik. Es ist ja manchmal wirklich schwer zu begreifen, daß wir unter gewaltigen Überschüssen leiden und es gleichzeitig unmöglich ist, offensichtlich den Eintrag von Dünger und bestimmten Chemikalien zu begrenzen. Das wäre nun wirklich ein Feld für die Umweltpolitiker, meine Damen und Herren, hier mal einen ökologischen Ansatz vorzulegen.

Ich möchte mich bedanken bei den Umweltschutzverbänden. Umweltschutz kann nicht mehr gegen sie, nur noch mit ihnen gemacht werden, und ich möchte die Umweltschutzverbände vor allem bitten, ihre internationale Arbeit zu verstärken und Aufklärungsarbeit, so wie bei uns, über ihre Partnerverbände mit deutscher Unterstützung, insbesondere in unseren Nachbarländern zu leisten. Der große Durchbruch für die Nordsee wird erst erreichbar sein, wenn in allen Anrainerländern das Umweltbewußtsein tiefgreifend verbessert ist. Meine Damen und Herren, das schwächste Glied in der Kette sind die Ostblockstaaten. Ich plädiere dafür, daß die westeuropäischen Industriestaaten, die zu den reichsten der Erde zählen, den osteuropäischen Staaten helfen durch einen Marshall-Plan für den Umweltschutz, so wie man uns damals in existentiellen Problemen durch einen Marshall-Plan geholfen hat.

Klaus Lennartz

SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

Als Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion danke ich Ihnen für die Einladung und übermittle Ihnen die Grüße von Hans-Jochen Vogel und der gesamten Bundestagsfraktion: Nordsee und Ostsee sterben einen schleichenden Tod, wenn wir sie weiter als preiswerte Kloake, als Sondermülldeponie und als unbegrenzten Freizeitpark mißbrauchen. Die Tourismuswirtschaft an der Nord- und Ostsee hat erkannt, daß ein gemeinsames Eintreten zusammen mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden für wirksame Maßnahmen zur Rettung der Nord- und Ostsee auch zur eigenen Existenzsicherung dringend erforderlich ist.

Das Robbensterben und die Algenteppiche im letzten Jahr und die katastrophalen Verhältnisse in diesem Jahr am Mittelmeer sollten dem Letzten die Ernsthaftigkeit der Situation vor Augen geführt haben. Wir wollen daher heute nicht mehr die *Notwendigkeit* eines nationalen Handlungskonzeptes zum Schutz der Nord- und Ostsee erörtern. Auch wenn Bundesminister Töpfer erklärt, mit seinem 10-Punkte-Katalog das Mögliche und Erforderliche zur Rettung der Nordsee und Ostsee getan zu haben, so dürfen wir uns damit nicht zufriedengeben. Der 10-Punkte-Katalog und die Beschlüsse der 2. Internationalen Nordseeschutzkonferenz sind, wie wir alle wissen, nur unzureichende Versuche der Beruhigungs- und Katastrophenbewältigung. Das reicht noch nicht einmal, um die Fahrt in die Katastrophe zu verlangsamen, geschweige denn zu stoppen, Herr Minister Töpfer.

Das »Urlauber-Parlament« sollte sich für ganz konkrete Schritte einsetzen, die von den Umweltverbänden und auch von der SPD-Bundestagsfraktion seit Jahren für notwendig gehalten werden. Es geht dabei nicht nur um Maßnahmen, die von den Politikern, der Wirtschaft und Landwirtschaft oder den Verbrauchern zu fordern und durchzusetzen sind. Die Tourismusbranche selbst muß Mitverantwortung übernehmen und auf die grenzenlose Nutzung der Natur verzichten. Die Auszeichnung von Stränden und Häfen mit der blauen Umweltflagge als europäischem Umweltgütezeichen ist zur Förderung eines Wettbewerbs um mehr Umweltschutz sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Zum Schutz der gefährdeten natürlichen Lebensräume in und an Nord- und Ostsee sind aber radikale Verhaltensänderungen erforderlich. Weitere Eindeichungen, weitere neue Freizeitparks, die weitere Nutzung des geschützten Wattenmeeres, sind meist mit unverantwortlicher Naturzerstörung verbunden. Saubere Strände und Abfallentsorgung in den Häfen sollten selbstverständlich und eigentlich nicht besonders auszuzeichnen sein. Der nicht in ein schutzwürdiges Gebiet gebaute Freizeitpark ist zwar zur Erhaltung der Natur das kleinere Übel, aber schlecht mit einer blau-

en Flagge auszuzeichnen. Wir haben bisher auf Kosten der Natur gelebt. Wenn wir diesen Weg weitergehen, wird es einen ökonomischen und ökologischen Zusammenbruch geben.

Die drohende Klimakatastrophe, das Waldsterben, die Naturzerstörung in den Alpen, die schleichende Vergiftung des Grundwassers, der Flüsse, der Meere und der Nahrungsmittel sowie das Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten zeigen, daß der ökologische Umbau der Industriegesellschaft zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für uns und unsere Mitwelt und Nachwelt ein zwingendes Muß ist. Dazu sind ökologisch orientierte Steuern und Abgaben genauso notwendig wie ein wirksameres und konsequenter angewendetes Umwelt-Ordnungsrecht. Die Einführung des Staatsziels Umweltschutz ins Grundgesetz halten wir für notwendig, um Gesetzgeber, Verwaltung und Rechtsprechung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu verpflichten. Verbote und Gebote müssen durch ein wirksameres Haftungs- und Strafrecht, durch Information und Aufklärung und durch ökonomische Anreize flankiert werden. Das alles gilt auch für den Schutz der Nordsee und Ostsee.

Was muß konkret getan werden, um Nord- und Ostsee zu retten?

1. Die Nährstoff-Frachten der Flüsse und der Abwasserleitungen in Nord- und Ostsee müssen gesenkt werden. Dazu ist der Stand der Technik in der Abwasserreinigung auch für Nährstoffe im Wasserhaushaltsgesetz verpflichtend vorzuschreiben. Industrie, Kommunen und Indirekteinleiter müssen ihre Kläranlagen schneller als bisher modernisieren. Was die Bundesregierung tut, reicht nicht.
 2. Die *kommunalen* Kläranlagen können nur so schnell gebaut werden, wenn sie durch ein Bundesländer-Programm zur Rettung der Nord- und Ostsee für fünf Jahre vom Bund mit 500 Mio DM mitfinanziert werden. Die Bundesregierung weigert sich noch, ein solches Programm aufzulegen.
 3. Wir müssen dafür sorgen, daß weniger gefährliche Stoffe in die Flüsse und damit in die Nordsee und Ostsee eingeleitet werden. Dafür müssen die Anforderungen an die Abwasserreinigung für gefährliche Stoffe nach dem Stand der Technik, z. B. auch für Pflanzenschutzmittel, endlich festgelegt werden. Es ist ein Skandal, daß dies seit der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes 1986 bis heute nicht geschehen ist. Handeln Sie endlich, Herr Töpfer!
 4. Besonders gefährliche Stoffe wie z. B. halogenierte Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle dürfen nicht weiter wie bisher unbegrenzt hergestellt und verwendet werden. Im Chemikaliengesetz und im Wasch- und Reinigungsmittelgesetz müssen zeitlich festgelegte Schritte zur Begrenzung eingebaut werden, Herr Töpfer!
- Warum sollte die Industrie sonst handeln?

5. Mit der Verbrennung von CKW-Lösemittelabfällen auf der Nordsee muß es vorbei sein. Sie darf nicht mehr genehmigt werden, Herr Töpfer! Die PCB- und Dioxinbelastungen vieler dieser Abfälle machen eine Entsorgung als Sondermüll an Land unter strengen Umweltschutzaufgaben erforderlich. In 1½ Jahren wird das möglich sein – bis dahin kann notfalls zwischengelagert werden.
6. Die ökonomische Anreizfunktion des Abwasserabgabengesetzes zur Beschleunigung und Fortentwicklung der Abwasserreinigungsmaßnahmen muß durch eine Novellierung des Abwasserabgabengesetzes erreicht werden. Der Regierungsentwurf, der z. Z. im Umweltausschuß beraten wird, enthält überfällige Verbesserungen, wie die Einbeziehung von Stickstoff und Phosphor als Abgabeparameter.

Die völlig unzureichende Anhebung des Abgabesatzes erst 1991 bzw. 1993 und weitgehende Verrechnungsmöglichkeiten der Abgabe mit Investitionen sind halbherzig und allzu industriefreundlich. Sie dienen nicht oder nur in geringem Ausmaß als Anreiz.

7. Die notwendige drastische Verminderung der Nährstoff- und Schadstoffeinträge aus der Landwirtschaft muß durch einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Durchsetzung einer umweltverträglichen Landwirtschaft erreicht werden. Die grundlegende Reform des Bundesnaturschutzgesetzes gehört genauso dazu wie verschärfte Regelungen des Pflanzenschutz- und Düngemittelgesetzes.

Ein Verbot gewässergefährdender Pflanzenschutzmittel sowie der Anwendung von Agrarchemikalien auf Uferstrandstreifen und bundeseinheitliche Gülleverordnungen und flächenbezogene Bestandsobergrenzen für die Massentierhaltung sind notwendig. Abgaben auf Massentierhaltung und Stickstoff könnten auch im Bereich der Landwirtschaft den ökologischen Umbau mit marktwirtschaftlichen Mitteln voranbringen.

Leider ist die Bundesregierung nicht bereit, die seit Jahren angekündigte Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes vorzulegen. Die Verknüpfung mit der auf andere Weise zu regelnden Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft war unnötig und vielleicht nur ein Mittel, die von Landwirtschaft und Jägern abgelehnte Reform zu verhindern.

Die nationalen Maßnahmen zur Rettung der Nordsee und Ostsee müssen durch gemeinsame Maßnahmen mit der DDR, der EG und weiteren internationalen Partnern ergänzt werden. Die Elbesanierung durch gemeinsame Projekte mit der DDR und CSSR ist dabei besonders vordringlich.

Wirksame EG-Regelungen z. B. zum Gewässerschutz und zum ökologischen Umbau der Landwirtschaft

und Fortschritte bei den äußerst zähen Verhandlungen im Rahmen der Internationalen Nordseeschutzkonferenz sind aber nur zu erreichen, wenn wir auf nationaler Ebene vorbildlich und ohne unverständliches Zögern alles technisch Mögliche tun, um die Nordsee zu retten.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist bereit, diesen Weg mitzugehen. Die Bundesregierung sollte nicht weiter zögern, dem Gebot der Stunde zu folgen. Auch unsere Kinder und Enkel, Herr Minister, meine Damen und Herren, sollen noch in der Nord- und Ostsee baden können!

Günther Bredehorn

FDP-Bundestagsfraktion, Bonn

Zum Abbau der viel zu hohen Schadstoff- und Nährstoffbelastungen des Lebensraums Nordsee müssen die nationalen und internationalen Anstrengungen konsequent fortgesetzt und verstärkt werden. Die FDP-Bundestagsfraktion hat am 20. Juni 1988 einen umfassenden Forderungskatalog zum Schutz von Nordsee und Ostsee vorgelegt; dieser hat Eingang gefunden in den 10-Punkte-Katalog der Bundesregierung. Bei den notwendigen rasch greifenden Maßnahmen zur Entlastung von Nord- und Ostsee sind in allen Nordseeränderstaaten Industrie und Staat sowie Verbraucher gefordert.

Die FDP setzt sich für die schnellstmögliche Umsetzung des Nordseeschutzmaßnahmenkatalogs ein. Deshalb wurden und werden die Anforderungen an kommunale und industrielle Abwassereinleiter drastisch verstärkt. Notwendig ist verstärkter und zügiger Bau und Ausbau von Kläranlagen entsprechend dem Stand der Technik. Dabei muß die Chance, schneller und effizienter eine bessere Abwasserreinigung durch Einschaltung privater Dritter zu erreichen, stärker genutzt werden. Das Abwasserabgabengesetz werden wir verschärfen, damit die Anforderungen an die Abwasserklärung weiter steigen dadurch, daß der Abwasserabgabensatz weiter erhöht wird und Phosphor und Stickstoff als Schadparameter aufgenommen werden. Ein wichtiger Erfolg unserer Nordseeschutzpolitik ist die Beendigung der Einbringung von Dünnsäure. Die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellten Strukturmittel in Höhe von 2,45 Mrd. DM jährlich müssen zu einem erheblichen Teil für Gewässerschutzinvestitionen von den Ländern verwandt werden. Alle Bundesländer müssen Gewässerrandstreifenprogramme zur Verminderung der direkten Nährstoff- und Schadstoffeinträge vorlegen. Die Verbrennung von Abfällen auf hoher See ist schnellstmöglich einzustellen durch Nutzung aller Möglichkeiten zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung an Land sowie durch Zwischenlagerung. Das Umweltstrafrecht ist

noch in dieser Legislaturperiode zu verschärfen, damit Umweltsünder härter bestraft werden können.

Die Umwelthaftung muß erheblich erweitert werden. Weitere Gesetzgebungsvorhaben, wie Novellen zum Chemikaliengesetz, zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, zum Bundesnaturschutzgesetz, werden ebenfalls den Gewässerschutz voranbringen. Notwendig ist aber vor allem ein konsequenter Vollzug des Bundesrechts, also die Umsetzung vor Ort, die Anwendung umweltfreundlicher Produktionsverfahren und Produkte und sparsamer Umgang mit umweltbelastenden Stoffen.

Die Chancen einer besseren Zusammenarbeit mit der DDR sowie mit Polen im Umweltschutz sind zur Verbesserung der Situation von Nordsee und Ostsee voll zu nutzen. Den mit der DDR jetzt vereinbarten Projekten zum Umweltschutz, die auch die Elbe entlasten, müssen weitere mit positiver Auswirkung auf Nordsee und Ostsee folgen. Entsprechende Umweltprojekte sind auch mit Polen zu vereinbaren.

Die vorhandenen internationalen Übereinkünfte zur Verringerung der Umweltbelastung der Nordsee sind schnellstmöglich umzusetzen, wie Reduzierung der Schadstoff- und Nährstoff-Frachten um 50% bis spätestens 1995. Auf der nächsten Nordseeschutzkonferenz 1990 in den Niederlanden müssen die noch offen gebliebenen Punkte verbindlich geregelt werden. Das bedeutet insbesondere Erklärung der Nordsee zum Sondergebiet im umfassenden Sinne, Beendigung der Verklappung von Klärschlamm aus Großbritannien in der Nordsee, Ausdehnung der Luftüberwachung auf die ganze Nordsee, Sicherstellung der notwendigen Maßnahmen an Land zur Beendigung der Verbrennung auf See, weitere Maßnahmen zur Verhütung von Öltankerunfällen und zur Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter. Zumindest alle größeren Kommunen im gesamten Nordsee- und Ostsee-Einzugsbereich müssen mit Kläranlagen ausgerüstet werden, die modernsten Erfordernissen entsprechen. Die gleiche Forderung gilt für die industriellen Kläranlagen.

Die FDP wird weiterhin mit allem Nachdruck auf nationaler und internationaler Ebene auf eine Verbesserung der Umweltsituation in Nordsee und Ostsee drängen.

Dr. Manuel Kieper

*Parlamentarische Geschäftsführung der GRÜNEN
im Bundestag, Bonn*

Ich bin mit dem Fahrrad hierher gekommen (ich darf Ihnen versichern, ich werde auch hinterher mit dem Fahrrad wieder wegfahren), und als Fahrradfahrer erleben wir ja immer wieder, daß wir an Autostaus vorbeiziehen. Die übliche Reaktion darauf ist, daß neue Straßen gebaut werden, um Staus zu verhindern. Und dennoch, wo wir auch um uns blicken, es kommt letzt-

lich unterm Strich zu immer mehr Staus, und die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Haben wir in unserer Gesellschaft nicht strukturelle Mängel, strukturelle Fehler im Umgang mit Technik, daß wir meinen, wenn wir immer bessere Autos bauen, immer schnellere Autos, daß wir dann auch immer schneller vorwärts kommen würden, und wenn wir dann immer mehr Straßen bauen, daß wir dann schließlich nicht mehr im Stau steckenbleiben? Meine Vermutung ist, daß wir, was Nord- und Ostsee anbelangt, im Stau stecken und es nicht hilft, neue Straßen zu bauen, um solche Staus zukünftig zu verhindern. Meine Damen und Herren, wir haben das, ich glaube im Winter 1986, erlebt, daß die Austernfischer vor Hunger starben. Sie starben aber nicht vor Hunger, sie starben deshalb, weil sie zu viele PCB's im Fettgewebe hatten, was dann in dieser extremen Hungerperiode mobilisiert wurde. Wir hatten das Robbensterben, wir hatten die Situation mit der Algenblüte, wir haben die Situation in der Flensburger Förde, daß dort in ein paar Meter Tiefe alles stinkt und fault aufgrund der hohen Schadstoffbelastung. Wir haben die Anzeichen dafür, daß wir durch komplexe Einwirkungen komplexe Ökosysteme zerstören, komplexe Ökosysteme beeinträchtigen. Und die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, ob es uns gelingt, durch die vielen Einzelmaßnahmen, die hier vorgestellt worden sind und wo ja über die verschiedenen Fraktionsgrenzen hinaus in Einzelfragen durchaus auch Übereinstimmung besteht, ob diese Einzelmaßnahmen ausreichen, um die komplexen Schäden, die wir verursacht haben in Nord- und Ostsee, abzustellen, um hier ein Zurück zu lebensfähigen Strukturen zu ebnet.

Ich möchte hier die Frage aufwerfen, ob die Mittel, die jetzt mobilisiert werden, der richtige Weg sind. Allein ausgelöst durch das Robbensterben werden insgesamt 30 Mrd. DM an Investitionen bewegt. Wenn wir hören, und damit brüstet sich ja auch die Bundesregierung, es ist etwas getan worden, es sind 23 Mrd. DM investiert worden dank der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, und wenn wir von Wirtschaftsforschungsinstituten hören, wir brauchen in den nächsten zehn Jahren 170 Mrd. DM, um nicht nur die Kläranlagen zu sanieren, sondern auch unsere gesamte Abwasserkanalisation zu sanieren, dann stellen wir fest, Hunderte von Milliarden DM müssen in den nächsten Jahren in solche Umwelttechnologien investiert werden, ein gigantisches Reparaturprogramm. Und die Frage, die ich hier in den Raum stellen möchte und Ihnen auch für Ihre weitere Beratung mit anheimstellen möchte, ist die, ob denn all diese Reparaturen überhaupt der richtige Weg sind oder ob wir denn nicht letztlich dieses Geld viel sinnvoller einsetzen würden, wenn wir versuchen würden, in unserer Gesellschaft nicht nur eine ökologische Modernisierung zu betreiben, sondern ganz andere Problemlösungen versuchen würden. Problemlösungen, für die wir ja in Einzelbereichen zumindest, z. B. Ökolandbau, durchaus schlüssige Kon-

zepte vorliegen haben, durchaus Erfahrungen haben, und ob es nicht viel sinnvoller wäre, diese Hunderte von Milliarden DM einzusetzen in den Aufbau sich selbst tragender, funktionstüchtiger Strukturen, Versorgungs- und Entsorgungsstrukturen von unten her.

Wenn wir als Nordsee- oder als Ostsee-Urlauber Urlaub machen, dann haben wir natürlich das Öl an den Füßen. Es gibt andere Stellen, wo ich jetzt die letzten Jahre hingefahren bin, ich möchte schon fast sagen rein zufällig, am Atlantik, wo man nicht seine Füße mit Terpentin oder sonst irgendetwas mit Alkohol sauber machen muß, wo die Umwelt offensichtlich noch sauberer ist. Nun, Frankreich, ich möchte nur erinnern an die Amoco-Cadiz vor der Bretagne, den Tanker, der dort ausgelaufen ist – riesige Unglücke, riesige Umweltverschmutzung.

Was von seiten Englands in die Nordsee gekippt wird und Kap le Haque, Sie wissen, was dort an Radionukleiden in die Nordsee wandert – riesige Umweltprobleme. Aber wir in der Bundesrepublik, wir brüsten uns, alle brüsten sich damit, daß bei uns letztlich eine Menge für den Umweltschutz getan würde, und die Ostblockländer, die hinken hinterher, und die anderen hinken tendenziell alle immer hinter uns her. Müssen wir uns nicht trotz allen Umweltschutzes, den die Regierung angeschoben hat, den Sie von unten her als Verbraucher, den wir als Verbraucher, als Urlauber, angeschoben haben, müssen wir nicht immer doch hier ganz demütig sagen, wir sind aber diejenigen, die ja einen ungeheuren Verbrauch an Energie haben, die ungeheure Mengen an Kohlendioxid in die Luft entlassen. Sind wir nicht diejenigen, die Weltmeister im PVC-Verbrauch sind? Sind wir nicht die Weltmeister im FCKW-Verbrauch, und welche Umweltschäden richten wir weltweit damit an? In der DDR verbrauchen sie natürlich viel, viel weniger an FCKW's. Das können die sich gar nicht leisten. In der DDR bringen sie damit aber auch das Weltklima viel weniger durcheinander. Wenn wir also sagen, wir haben eine Menge geschafft, dann besteht überhaupt kein Grund, hierauf stolz zu sein, sondern wir als die Nation, die mit den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Chemikalien hat und den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Energie und Wasser, wir haben eine Fülle von Aufgaben vor uns und müssen immer das sehen, was wir auch heute noch und in den nächsten Jahren zu diesen Umweltproblemen in der Welt beitragen.

Als fünften Punkt möchte ich hier die Sache mit den Chemikalien anführen. Das Chemikalien-Gesetz ist gerade in der Novellierung, aber was erleben wir dadurch: Es werden bestimmte EG-Vorgaben unwidersprochen übernommen, es wird jetzt die Zahl der auf dem Markt legal zugelassenen Altstoffe z.B. von 35 000 auf 100 116 erhöht. Eine Fülle ungeprüfter Chemikalien ergießt sich Tag für Tag aus unseren Haushalten und aus den Industriebetrieben in unsere Abwasserkanäle, in die Oberflächengewässer, die Vorfluter,

wie sie ja genannt werden, ergießen sich in Nord- und Ostsee. Und dann erleben wir irgendwann die komplexen Schäden. Wir haben es ja erlebt mit dem Waschmittel-Gesetz, daß dort die Phosphate verdrängt werden sollten. Es wurde gehofft, daß Ziulite eingesetzt würden, aber was haben wir heute in den Wasch- und Reinigungsmitteln drin? Heute haben wir eben EDTA drin, heute haben wir eben NTA drin, heute haben wir Polykarboxylate drin. All das findet sich dann wieder im Wasser, findet sich wieder in der Nordsee, findet sich wieder im Klärschlamm, wird verbrannt, findet sich wieder in der Luft usw. Hier findet eine große Problemverschiebung statt. Über eine Einzelkomponentenregel, über eine einzige Chemikalienregelung läßt sich diese Flut von Chemikalien, die wir gewohnt sind einzusetzen, nicht mehr regeln. Damit produzieren wir komplexe Schäden an unseren Gewässern. Und gestern hat das Bundeskabinett beschlossen, im nationalen Alleingang eine Chemikalie, nämlich das Pentachlorphenol, zu verbieten, das Pentachlorphenol, was ja in der Bundesrepublik seit 1985 gar nicht mehr hergestellt wird. Dies nun zu verbieten, weil durch das Pentachlorphenol eben so furchtbar viele Dioxine in unsere Umwelt hineingeschleppt werden; das ist alles richtig und es ist auch gut, daß nun auch der Import von Pentachlorphenol verboten wird. Aber wer denkt denn an das Tetrachlorphenol? Das ist genau das gleiche Problem, aber über das Tetrachlorphenol spricht noch niemand. Und das ist die Situation unseres Chemikalienrechtes, und da meinen wir von seiten der Grünen, da müssen wir raus.

Wir haben heute im Rhein die Pestizide. 280 verschiedene Pestizide werden bei uns in der Landwirtschaft eingesetzt. Fragen Sie doch mal nach, wie sieht es denn aus mit der Pestizidkonzentration im Rhein? Da wird ja überhaupt nicht drüber gesprochen. Jetzt in den Wintermonaten hat jedes einzelne Pestizid, was im Rhein gemessen wird, eine Konzentration vom 5- bis 20fachen des zulässigen Grenzwertes für unser Trinkwasser. Das ist die Situation der Produktion von Pestiziden, das ist die Situation der Ausschwemmung von Pestiziden durch den ganz legalen Einsatz in der Landwirtschaft, und dies in den Wintermonaten. Das ist noch nicht einmal die Spitze, die haben wir im Frühjahr und Frühsommer, wenn Pestizide eingesetzt werden. Es gibt erste Messungen über Pestizide im Trinkwasser und im Regen. Unser Regen ist verseucht. Regen darf offensichtlich gar nicht mehr als Trinkwasser genutzt werden, weil die Grenzwerte überschritten werden.

1986 sind in den USA in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten die ersten Messungen vorgenommen worden über Alla-Chlor, über Metola-Chlor und andere Substanzen: das 20fache unseres zulässigen Grenzwertes für Trinkwasser an diesen einzelnen Pestiziden. Nicht nur Atrazin, auch Simazin, Metola-Chlor, Alla-Chlor, die ganze Reihe der Pestizide durch. Das ist die Realität des allgegenwärtigen Ein-

satzes und Nutzens von Chemikalien. Es hilft nicht, eine Chemikalie zu verbieten und darauf zu warten, daß sie durch eine andere Chemikalie ersetzt wird. Da sind wir alle gefordert in unserem Lebensstil, in der Technik, die wir einsetzen, bei dem Gesamtspektrum an Chemikalien, was wir einsetzen, hier grundlegende Änderungen vorzunehmen. Es ist hier nicht mehr viel hinzuzufügen. Die Position von FDP und CDU, von SPD und Grünen deckten sich ja in dem Punkte, daß wir, beide Fraktionen, der Auffassung waren, die Hohe-See-Verbrennung kann sofort eingestellt werden. Das Umweltbundesamt hat am 6. November der Bundesregierung gemeldet, daß an Land Kapazitäten, freie Kapazitäten für 30000 t pro Jahr Aufarbeitung zur Verfügung stehen, die frei sind, so daß wir sofort mit der Hohe-See-Verbrennung aufhören können. Herr Lennartz hat die Bundesregierung zu Recht angegriffen, daß sie noch ein paar Jahre warten will mit dieser Maßnahme.

Ich möchte, 7., auf ein Problem hinweisen, das üblicherweise nicht in der Diskussion ist: Ich möchte hier sprechen über die Gen-Technik. Am 10. August 1989 war in der Zeitschrift NATURE ein sehr interessanter Aufsatz. Da sind Messungen gemacht worden über die Zahl der Viren im Meerwasser. Es war eigentlich ein mehr oder weniger sensationeller Bericht. Es stellte sich nämlich heraus, daß pro ml Meerwasser 250 Mio. Viren enthalten sind. Das hätte man eigentlich früher für unvorstellbar gehalten. Wir sind seit einigen Jahren voll in die Gen-Technik eingestiegen, voll in die gentechnische Produktion, und heute läuft der Streit vor unseren Gerichten, wieviele Gene, wieviel neuartiges genetisches Material, wieviel künstliches, aus Menschenhand stammendes genmanipuliertes Material eigentlich dann aus den Betrieben, aus der chemischen Industrie der Zukunft einfach ins Abwasser gelassen werden darf. Wie dort die Reinigungsvorschriften zu sein haben. Wenn Sie den Streit verfolgen, dann werden da wieder die Weichen für die Zukunft gestellt und letztlich die Weichen für die Zukunft wieder falsch gestellt. Inzwischen liegt ja bereits der fünfte Entwurf für eine Abwasser-Richtlinie aus gentechnischer Produktion vor. Die wird immer mehr aufgeweicht, es

sagt ja der chemischen Industrie noch nicht zu, was dort vom Bundesgesundheitsamt vorgeschlagen wird. So geht das weiter und wir erleben es also dieser Tage, daß hier die Probleme des nächsten Jahrtausends, die Wasserverschmutzungs-Probleme an Nord- und Ostsee des nächsten Jahrtausends, vorprogrammiert werden. Ich möchte Sie als Urlaubs-Parlament auffordern, auch bereits diese Fragen frühzeitig mit in Angriff zu nehmen und Ihren Politikern mit auf den Weg zu geben, damit hier die Aufgaben der Zukunft angegangen und die Weichenstellung für die Zukunft rechtzeitig in die richtige Richtung gestellt werden.

Ich möchte als neunten Punkt hier etwas anführen, was eigentlich eine große Chance ist, was uns aber auch sehr bedenklich stimmen sollte. In diesen Tagen ist vom Deutschen Bundestag das Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz verabschiedet worden. Es darf kein zweites Sandoz geben. Es gibt wunderbare Entwicklungen im Bereich der Schadstoffüberwachung. Die Firma Buka Franzen in Bremen hat das weltbeste Spürgerät entwickelt, eine GCMS, eine Analytik, die weltweit ihresgleichen sucht. Dies ist eine Entwicklung für die Bundeswehr. Dies ist eine Konstruktion auf dem Spürpanzer Fuchs. Der Spürpanzer Fuchs ist bereits in mehr als 100 Exemplaren an die Bundeswehr ausgeliefert worden. Es ist das weltbeste Spürsystem auf C-Kampfstoffe. Die US-Army hat inzwischen 576 Spürpanzer Fuchs bestellt. Dieses Gerät MM 1 ist unübertroffen in der Analytik von Chemikalien. Man könnte damit natürlich auch Industriebetriebe überwachen, man könnte – ich merke, Sie haben verstanden.

Es ist die Meinung der Grünen, daß wir nicht nur eine ökologische Modernisierung brauchen, sondern daß wir Staus abbauen müssen, indem wir ganz andere Versorgungs- und Entsorgungssysteme aufbauen, von unten her, daß wir darüber nachdenken müssen, und daß es sich herausstellen mag, daß nur eine umweltverträgliche Technik von der Pike auf, von der Basis her, in der Lage sein wird, die Schönheit von Nord- und Ostsee und die Urlaubsparadiese dort auch unseren Kindern und Enkeln zu erhalten.

Aus der Ausschubarbeit

Drei Ausschüsse – drei Themenschwerpunkte

Die Statements der Politiker bildeten den ersten »Block« in der 2. Sitzung des Urlauber-Parlaments. Danach führten Fachleute und Parlamentarier das Wort. In drei Ausschüssen wurde heiß debattiert. Am zweiten Sitzungstag faßte man jeweils die Ergebnisse zusammen, nahm sie später in einem Auswertungsseminar im Februar 1990 noch ein weiteres Mal unter die Lupe und brachte sie zu Papier.

Ausschuß 1:

Forderungen an Politik und Verwaltung

Gesprächsleitung: Carl-Albrecht von Treuenfels, WWF Deutschland

*Einführungsreferat von Dr. Michael Braungart
EPEA Umweltinstitut, Feldstr. 36, 2000 Hamburg 36*

Diese Veranstaltung macht mir etwas Schwierigkeiten. Wenn man sieht, daß die Nordsee mit einer sehr schnellen Geschwindigkeit stirbt und die Ostsee noch schneller, dann ist dies irgendwie nicht adäquat.

Ich denke, daß die Strategien, mit denen wir im Moment an das Problem herangehen, zwar durchaus positiv zu beurteilen sind, z. B. was Herr Heydemann in Schleswig-Holstein macht, trotzdem steht das, was die gesamte Politik tut, einfach in keinem Verhältnis zu der Geschwindigkeit der Zerstörung. Es ist besonders unverständlich, wenn es z. B. um 20000 t an chlorierten Lösungsmitteln (betr. Verbrennung auf See, Anm. der Red.) geht, wo man doch deutlich sehen kann, daß man diese Stoffe zwischenlagern könnte. Und ich meine, wir hätten durchaus die Möglichkeit, das zu organisieren. Da könnte man einfach offensiv mit einem Angebot drangehen. Es würde für die Glaubwürdigkeit von Politik doch erheblich sein, wenn man jetzt sagt, wir haben die Schädlichkeit begriffen. Es ist belegt, daß diese Verbrennung unvollständig ist, daß es zu Anreicherungen kommt.

Worum es uns allerdings geht, ist, daß man für solche Systeme wie die Nordsee, aber auch insgesamt für eine Industriegesellschaft, Gesamtbilanzen machen muß, daß man sich überlegen muß, wo entstehen Schadstoffe, und wie wirken sich diese Schadstoffe insgesamt aus. Wir haben z. B. eine Bilanz gemacht für die Beseitigung von Abfällen, und wir haben festgestellt, daß Müllverbrennungsanlagen dazu dienen, die Müllmenge insgesamt zu vermehren. Deren Herstellung ist schon von vornherein so müllintensiv, daß man insgesamt für eine Gesellschaft die Müllmenge vermehrt, indem man solche Anlagen baut.

Ich möchte Ihnen hier aus meinem Privatleben ein kurzes Beispiel zeigen für solches Denken. Dies ist eine

Einmalwindel, eine Windel, wie sie in den USA auf dem Markt ist. Sie ist biologisch abbaubar, kompostierbar. Pro Kind sind dies, bis ein Kind keine Windel mehr benötigt, 1,5 t an Abfall, dioxinfrei, also nicht chlorgebleicht, und mit einem Kunststoff, der biologisch abbaubar ist. Innerhalb von 6 Monaten sind diese Windeln verrottet. An der Müllmenge, die Sie jeweils haben, sind dies etwa 4 % und an Brennwert 8 bis 10 % des Mülls dabei. Ich frage Sie natürlich, warum sind bei uns Windeln auf dem Markt, und der Anteil am Müll steigt dort entsprechend, die genau eben dazu führen, daß diese 1,5 t pro Säugling an Müll bei uns entstehen, dabei hätten wir ja durchaus die Möglichkeit, durch Kompostierung hierbei tatsächlich erhebliche Müllmengen einzusparen.

Da fragt man sich natürlich schon, wie sieht es mit den Gesamtlösungen aus? Denn jetzt auf die Nordsee bezogen, ist das Müllproblem natürlich auch eins, früher oder später kommt dies auch in aquatischen Systemen an, aber zum anderen ist es ja auch so, daß man biologisch abbaubare Kunststoffe dringend benötigen würde. Es wäre einfach notwendig, daß man Sonnenschutzmittel- oder sonstige Behältnisse, die man verwendet, so herstellt, daß sie biologisch abbaubar sind, damit sie keinen Schaden anrichten, wenn sie am Strand liegen und von Seehunden oder Robben verschluckt werden, die dann qualvoll daran umkommen.

So gesehen, fragen wir natürlich nach, ob es nicht möglich ist, insgesamt Strategien zu verwirklichen, wo man wesentlich schneller zu Lösungen kommt.

Uns ist es unverständlich, jetzt vom Schutz der Nordsee her z. B. zu sehen, daß man Chemikalien, die ganz drastisch den Anstieg des Meeresspiegels bewirken, noch immer nicht vom Markt wegnimmt. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Fluorchlorkohlenwasserstoffe 20 % Anteil am Treibhauseffekt haben, und dabei sind es minimale Mengen. Wir sind überrascht,

daß man zum einen das Problem sieht und eigentlich auch, daß sich die Katastrophe zuspitzt, aber politisch reagiert, als hätte man beliebig viel Zeit. Wir gehen davon aus, daß der Anstieg des Meeresspiegels ganz drastische Auswirkungen haben wird auf die Veränderung des Wattenmeeres und auf die Artenvielfalt dazu, und so gesehen könnte man sich natürlich zynischerweise fragen: Warum muß man heute überhaupt noch Rücksicht nehmen im Tourismus, wenn das alles sowieso verlorengeht durch den schnellen Anstieg des Meeresspiegels?

Man fragt sich natürlich dies auch weiter, wenn man sieht, daß die Investitionen, die bei uns getätigt werden, z. B. direkt nur den Wasserpfad berücksichtigen. Wir müssen sehen, daß bei dem 10-Punkte-Programm für die Nordsee die Luftschadstoffe nicht berücksichtigt sind, und für den Nährstoffeintrag ist der Luftpfad ein ganz, ganz wesentlicher Punkt, vor allem für Stickstoffeintrag. Es wäre wirklich an der Zeit, dabei auch offenzulegen und zu sagen, daß die Bundesrepublik für die Nordsee und die Ostsee größter Verschmutzer mit Nährstoffen ist, die über den Luftpfad hineinkommen.

So gesehen, sind wir natürlich dabei und überlegen, wie sieht es mit Gesamtbilanzen aus? Und wir fragen dann, ob dies, was im Moment geschieht, tatsächlich der Lösung entspricht, sowohl von Verwaltungs- und Behördenseite aus wie von seiten der Politik selbst. Wir stellen fest, daß von den Verordnungen, von den Gesetzen im wesentlichen keine Lösungen ausgehen, die wirklich über den Tag hinausgehen. Sie sind nur Reparaturen, um das Schlimmste zu verhindern.

Auf Landesebene ist man da auch etwas hilflos. Nur sehen wir ja andererseits, daß es inzwischen auch Initiativen gibt, die aufgrund der Versäumnisse der Politiker stattfinden, und es ist verwunderlich: Die Firma Tengelmann nimmt jetzt z. B. PVC als Kunststoff aus ihren Regalen heraus, weil PVC eine der wesentlichen Chemikalien ist, die sich auch im Verbund mit anderen Chemikalien auf den Tod der Nordsee auswirken. Wir sehen andererseits, wenn man Gesamtbilanzen macht, daß man eigentlich mal anders diskutieren könnte, und wir versuchen dies im Moment als Gesamtsystem zu entwickeln, daß man mal zurückverfolgt, wo denn die Zerstörung herkommt.

Wir sitzen im Augenblick daran, ein System zu entwickeln, um über Gesamtbilanzen die Schädlichkeit von Produkten festzustellen. Daß dies inzwischen auch von seiten der Großindustrie geschieht, macht das Versäumnis der Politik auch deutlich. Die Firma Bayer z. B. geht inzwischen daran und macht für Produkte ab 15 Mio. Mark Umsatz eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Wir haben in der Bundesrepublik noch nicht einmal die EG-Richtlinie umgesetzt für die Umweltverträglichkeit der Produktion, also eine Umweltverträglichkeitsprüfung für Produkte. Das ist der erste Punkt, damit wir überhaupt Bilanzen machen können.

Das zweite, was wir dabei vorschlagen: Wir müssen von dem Spruch ausgehen, den Sie sicher kennen über Greenpeace etc.: Wir haben unsere Erde nur von unseren Kindern geborgt. Dies hieße doch im Prinzip, dranzugehen und zu überlegen: Wollen die Menschen das, was sie haben, tatsächlich alles besitzen? Nehmen Sie z. B. sich selbst, wenn Sie zu Hause sind: Sie sitzen vor dem Fernseher. Wir haben einen Fernseher auseinandergebaut in unserem Institut und haben festgestellt, das ist wirklich von A bis Z gefährlicher Sonderabfall. Wollen Sie, wenn Sie einen Fernseher kaufen, einen solchen Fernseher tatsächlich besitzen, und wollen Sie damit Sondermüll besitzen? Es wäre doch richtiger zu sagen, die Menschen wollen die Eigenschaft dieses Gerätes nutzen, sie wollen fernsehen. Daher schlagen wir im Prinzip eine Leasinggesellschaft vor, also eine Gesellschaft, die den Gebrauchswert von Dingen nutzt, d. h. ich kaufe meinen Fernseher mit dem festen Wissen, wenn er kaputtgeht, kommt er zu dem zurück, der ihn produziert hat, denn ich möchte ja nur den Gebrauchswert besitzen. D. h., der Hersteller hat selber ein Interesse, daß das Gerät möglichst lange funktioniert, denn er kriegt sonst den Sondermüll möglichst früh wieder zurück.

Zweitens schlagen wir vor, daß man auch die Leistungen z. B. in der Landwirtschaft anders nutzt als bisher, daß die Chemiefirmen, die die Pestizide produzieren, gleichzeitig eine Dienstleistung anbieten. Sie garantieren also, daß sie selbst über eigene Dienstleistungsunternehmen darangehen und die Pestizide für den Bauern ausbringen, und zwar, daß der Bauer eine Garantie abschließt bei diesem Serviceunternehmen und sagt: Ich möchte, daß meine Pflanzen nicht an Mehltau erkranken, daß die und die Schädlinge nicht auftreten, daß die und die Pilze nicht da sind. Denn der Bauer möchte ja keine Pestizide spritzen, sondern er möchte, daß seine Pflanzen gesund sind. Damit hätte die Chemiefirma nicht mehr ein Interesse, möglichst viel auszubringen, möglichst viel loszuwerden, sondern möglichst wenig, denn jedes Gramm, was sie an Pestiziden einspart, wäre sozusagen ihr eigener Gewinn dabei. D. h., es wäre nur noch die eigentliche Dienstleistung, sozusagen die eigentliche Leistung, daß die Pflanzen nicht erkranken, das Ziel und nicht, wie es jetzt ist, der möglichst große Absatz von Pestiziden dabei. Und so schlagen wir natürlich vor, tatsächlich intelligente Produkte zu produzieren, d. h. Produkte, die entweder zurückgenommen werden, weil sie für die Umwelt schädlich sind, oder tatsächlich eine Garantie haben mit einem vorgeschriebenen Beseitigungsweg, daß man sie wirklich wegwerfen kann und sie dann in der Natur zerfallen.

Dies würde uns generell zu etwas anderem bringen, als immer mehr wachsen, damit wir unsere Arbeitsplätze erhalten. Es würde praktisch dazu führen, daß die Firma VW zu ihrer Montagehalle nebensächlich eine gleichmoderne Demontagehalle aufbauen würde, wo sie dann die Stoffe wieder zurückgewinnen könnte, die

man dann wieder über die Produzenten der Einzelteile für neue Materialien einsetzen könnte.

Daran hätte man dann ein anderes Interesse als jetzt, wo ein großer Teil der Autos z. B. nach Italien kommt. In Norditalien sind ganze Täler zerstört von Elektroschmelzöfen und Schredderabfällen, und die Dioxinkonzentrationen können Sie sich dabei auch vorstellen.

Im Augenblick werden allerdings Technologien eingesetzt zur Reparatur, die eine Veränderung eigentlich verhindern. Z. B. werden jetzt in der Bundesrepublik Hausmüllverbrennungsanlagen gebaut, und die benötigen dann diese Einmalwindeln als Brennwert. Ich kann es Ihnen natürlich auch noch für andere Beispiele sagen.

Ein Beispiel für intelligente Technik: Die Post hat seit 5 Jahren auswaschbare Druckfarben für ihre Telefonbücher, d. h. die Telefonbücher werden so produziert, daß man den Papierbrei wieder für Telefonbücher einsetzen kann, nicht für primitive Produkte, dieses graue, schmutzige Papier, sondern daß sie tatsächlich für den gleichen Zweck dieses Papier wieder einsetzen können mit etwas neuem Zellstoff dazu, damit die Faserlänge insgesamt dabei erhalten bleibt. Auswaschbare Druckfarben werden seit 5 Jahren eingesetzt. Im Moment haben wir noch nicht einmal 30% des Papiers in der Bundesrepublik recycelt, 70% gehen in die Verbrennung oder auf die Deponie, d. h. man hätte über auswaschbare Druckfarben auch wieder dasselbe. Sie wollen ja keine Zeitung besitzen, wenn Sie eine Zeitung kaufen, sondern Sie wollen wissen, was steht in der Zeitung drin. Im allgemeinen interessiert uns doch die Zeitung am nächsten Tag schon nicht mehr, und es wäre doch nichts logischer als Pfandzeitungen einzusetzen und sie dem Zeitungsaussträger oder dem Kiosk wieder zurückzugeben. Wir haben im Moment vier bis fünf Prozent Wachstum des Zellstoffverbrauchs weltweit, und Sie wissen, Zellstoff ist begrenzt. Das hängt immer mit Bäumen und mit Zellstoffherstellung zusammen. Es wäre doch das Richtige, ein Konzept zu entwerfen und zu fragen, was wollen die Menschen wirklich besitzen – und das ist ungeheuer wenig. Es wäre dann auch tatsächlich so, daß wir diese Dinge von der Natur borgen würden und sie wieder an die Natur zurückgeben würden, das wäre ein anderes Konzept.

Was wir uns jetzt überlegen müssen, weil wir in einem Wettlauf mit der Zeit sind: Wenn wir so weitermachen, dann verlieren wir den Krieg, den wir gegen die Natur führen, ganz eindeutig. Insoweit gesehen gibt es natürlich ganz praktische Dinge, wo man sich dann erheblich wundert in der Umsetzung auf Behördenebene, wo man dann auch die Schwerfälligkeit von Apparaten sieht. Wir müssen tatsächlich Änderungen finden dazu, das ist ein Fazit aus dem, was wir sehen, und ich denke, es liegt auch an Ihnen jeweils einzeln, dort etwas zu tun.

Nach den Einleitungsreferaten von Dr. Michael Braungart, Umweltakademie Hamburg, und von Prof. Dr. Gottfried Vauk, Verein Jordsand (der Inhalt des Einleitungsreferats entspricht in weiten Passagen dem Text im Vorwort, daher erfolgt hier kein Abdruck des Originaltextes), machte die Diskussion rasch deutlich, daß die Probleme von Nord- und Ostsee nicht ohne die Probleme der Anrainerstaaten und ohne die globalen Umweltaspekte betrachtet werden können. Folgende Forderungen wurden gestellt:

- Für den Bereich **Forschung und Wissenschaft:** Verstärkung der Langzeitforschung, die zukunftsgerichtet vor allem den Aspekt der Wirkung von Chemikalien berücksichtigen muß. Erstellung von Wirkungsanalysen (Wirkung von Chemikalien), die von den Wissenschaftlern in Form von Ökobilanzen den Politikern als Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt und von diesen als Voraussetzung für ihre Arbeit betrachtet, akzeptiert und benutzt werden.
- Für den Bereich **Gesetzgebung:** Die Gesetzgebung im Umweltbereich hinkt, was die Probleme von Nord- und Ostsee betrifft, weit hinter der aktuellen Entwicklung hinterher. Gefordert wird die Formulierung des Umweltschutzes als Staatsziel, um damit unter Umständen auch ein Klagerrecht durchzusetzen. Anpassung aller bestehenden Gesetze, sowohl im Umweltschutz- als auch im Wirtschaftsbereich, an die aktuelle Problemlage. Dabei zum Beispiel Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung vor Herausgabe neuer Produkte, Durchsetzung des Verursacherprinzips, Deklaration von Inhaltsstoffen. Nicht die Wiederaufbereitung hochgiftiger Abfälle soll weiterhin im Mittelpunkt gesetzgeberischer Initiativen stehen – die Bewältigung der Entsorgung muß bereits vor der Vermarktung eines Produktes geklärt sein.

Weitere Forderungen:

- Festlegung und Sicherstellung konkreter Mittel für den Schutz von Nord- und Ostsee, z. B. über das Haushaltsstrukturgesetz.
- Integration des Faches Umweltschutz in den Schulunterricht.

Für den Bereich **Investitionen der Öffentlichen Hand:**

- Auf Gemeindeebene Erarbeitung eines Konzepts zur Entwicklung des Fremdenverkehrs unter Berücksichtigung der Naturschutzbelange. Dabei darf nicht länger der Wachstumsgedanke im Mittelpunkt stehen.
- Auf der Ebene Politik und Verwaltung eine stärkere Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und Initiativen.
- Auf EG-Ebene Übernahme der Vorreiterrolle, Verstärkung von Öffentlichkeitsarbeit und Information. Intensivierung der Kontakte zu östlichen Anrainerstaaten. Langfristig gesehen: eine enge Kooperation im Umwelttechnikbereich.

Ausschuß 2: Forderungen an die Wirtschaft / Landwirtschaft

Gesprächsleitung: Klaus Dürkop, Deutscher Bund für Vogelschutz (DBV)

Nach dem einleitenden Referat von Dr. Ulrich Horstmann, Institut für Meereskunde, Kiel, über die Schadstoffbelastung der Ostsee kam es schnell zu einer lebhaften Diskussion, in deren Verlauf dann auch noch der Landwirt Wedig von Bonin über die Arbeit in seinem biologischen Betrieb in Ostholstein berichtete.

(Die Berichterstattung über die Arbeit dieses Ausschusses ist nur bruchstückhaft möglich, da die Teilnehmer beschlossen, ohne Mikrofon zu arbeiten.)

Aus dem Referat von Dr. Ulrich Horstmann, Institut für Meereskunde der Universität Kiel

Als einheitlicher Wasserkörper kann die Ostsee nicht betrachtet werden. Das Oberflächenwasser an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste ist von erstaunlich guter Qualität und wenig schadstoffbelastet – im Gegensatz zu dem Wasser in den tieferen, bodennahen Schichten der Ostsee und dem Wasser, das sich in den Mündungsgebieten der Flüsse, insbesondere in der südöstlichen Ostsee, mit dem Ostseewasser vermischt, aber auch im Gegensatz zum Wasser der Nordsee.

Wenn trotz der erheblichen Schadstoffbelastung der Ostsee das Oberflächenwasser entlang der schleswig-holsteinischen Küste noch relativ sauber ist, stellt doch die Eutrophierung, die Überdüngung durch die hohen Einträge von Phosphat und insbesondere auch von Stickstoffverbindungen, eine akute Gefahr für unsere Oberflächengewässer dar, die unausweichlich auf uns zukommt, wenn nicht jetzt und sofort etwas Wesentliches geschieht. Dabei ist zu beachten, daß über 50 % des Stickstoffeintrags aus der Landwirtschaft stammt. Insbesondere werden unsere Gewässer über die Gülle belastet, deren Stickstoffverbindungen zu einem großen Anteil an die Luft abgegeben (dadurch auch Geruchsbelästigung) und schließlich in die Gewässer eingeregnet werden. Wenn man sowohl die Grundwasserbelastung als auch die Geruchsbelästigung betrachtet, aber ganz besonders die große Gefahr, die von der Massentierhaltung und der Gülle für die Zukunft von Nord- und Ostsee ausgeht, muß – so war man sich einig – hier vordringlich Abhilfe geschaffen werden.

Zusatzreferat von Wedig von Bonin, Landwirt, 2340 Schashagen

Wir bewirtschaften einen biologischen Betrieb an der Ostseeküste, 40 km nördlich von Lübeck. Der Betrieb umfaßt 46 ha mit einer vielseitigen Fruchtfolge und

vielen verschiedenen Tierarten, um das so ganz kurz zu machen. Wir hatten uns ja sehr in unserem Arbeitskreis mit diesem ganzen landwirtschaftlichen Problem beschäftigt, und dann waren da immer wieder die Fragen, soll man sich jetzt auf dirigistische Maßnahmen ganz grob verlassen und warten, was da kommt?

Dann war aber auch eine ganz starke Tendenz, was können wir selber jetzt direkt machen? Und da habe ich einfach mal 10 Punkte, die als Kriterien für eine zukunftsähnliche Landwirtschaft von Fachleuten ausgesucht worden sind, in die Diskussion geworfen und habe vorgeschlagen, daß vielleicht der Fremdenverkehrsverband Schleswig-Holstein sich einen Bogen erarbeitet, in dem diese Kriterien enthalten sind, und dann Fachleute auf die einzelnen Höfe gehen und fragen: Ist hier nicht auch irgendwas? Die die Höfe befragen und anschauen. Einige Kriterien kann jeder Hof erfüllen, so daß man immer einen Impuls geben kann in die Höfe, damit wir einer zukunftsähnlichen Landwirtschaft immer mehr entgegenkommen.

Ich will noch mal ganz kurz versuchen, diese Maßstäbe zu wiederholen. Das sind also 10 verschiedene Maßstäbe, von denen ich wichtig finde, daß die Landwirte ihnen freiwillig zustimmen, wenn sie da eingeordnet werden. Da kann man sich langsam ein gewisses Punktesystem entwickeln. Das erste sind ökologische Maßstäbe, dazu gehören einfach Heckenpflege, Feuchtgebiete, Sachen, die auf jedem Hof gemacht werden können, auch, wenn er ganz herkömmlich wirtschaftet. Da sind immer noch Hecken, die einfach weniger abgebaut werden; dann, wenn der Landwirt Motivation hat, das zu erhalten, dann schüttet er wenigstens seine Teiche nicht zu. Das ist ja schon ein großer Fortschritt. Wir wissen ja, daß die letzten 20 Jahre gerade bei den Biotopen einen sehr großen Verlust gebracht haben.

Der zweite Punkt, das sind Ressorts und betonte Maßstäbe, der Verbrauch unwiederbringbarer Produkte, wie Erdöl, Phosphor, nur mal als Beispiel. Das sind auch Maßstäbe, die man da mit reinbringt.

Das dritte sind energiemäßige Maßstäbe. Ein landwirtschaftlicher Betrieb ist ja sehr energieaufwendig. Wie sieht es aus mit Windenergie, Biogas, Holzheizung, Sonnenenergie, Möglichkeiten, die in fast allen Betrieben gegeben sind, irgend etwas in der Richtung zu machen, besonders, wenn man einen modernen Betrieb hat und dann sehr viel weniger Arbeit hat als in einem alternativ betriebenen Betrieb. Dann kann man auch seine freie Zeit in Aktivitäten gerade bei Energiesparmaßnahmen anwenden, was sich dann

auch meistens noch rechnet, weil man die Zeit sonst ja doch nur zu Hause sitzt und Muttern ärgert. Dann kann man ja auch etwas Vernünftiges tun.

Dann umweltbelastende Maßnahmen einfach, die müssen eben auch betrachtet werden, wie z. B. Nitratbelastung, Phosphatbelastung, Grundwasserbelastung mit Rückständen aus chemischen oder synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln.

Dann fünftens Tierhaltungsmaßstäbe. Da sind einmal bei der Tierhaltung die Fragen der Massentierhaltung, Hühner, Käfige, Schweine, Kühe: Sollen die Hörner haben oder nicht Hörner haben? Einfach Sachen, die so ein bißchen an die Verantwortung der Menschen fürs Tier gehen. Und zweitens die artnerhaltenden Maßnahmen innerhalb der Tierhaltung. Es geht eben da auch um die Erhaltung des genetischen Materials, daß wir nicht einfach unsere alten, gewachsenen, über Jahrhunderte gewachsenen Tierrassen einfach so verkommen lassen durch Inzucht, weil es so wenig gibt. Denn vielleicht braucht man in drei Generationen diese Schafe, weil sie vielleicht irgendein Hormon haben, was wir dann ganz wichtig zu einer Sache brauchen, und das Schaf ist dann ausgestorben.

Dann marktpolitische Maßnahmen, die sind auch eine ganz wichtige Sache. Daß man einfach mal denkt, neue Sachen zu machen, daß wir die Produkte der Regionen mehr fördern, daß man eben jetzt sagt, es ist Quatsch, Erdbeeren aus Kalifornien zu essen, daß man sich das wirklich mal bewußt macht. Daß man einfach mal einen Betrieb anguckt mit der Frage: Wie hältst du es eigentlich mit deinen Verbrauchergewohnheiten. Das könnte eigentlich alles mit rein, damit dann, wissen Sie, so ein »Wir-Gefühl« entsteht. Da sind mehrere Verbraucher, die sagen, das ist unser Hof und um den Hof kümmern wir uns. Wir haben dem geholfen, den Teich wieder zu machen. Du hast doch so einen schönen Garten. Wir helfen dir umgraben, wenn wir dann im Frühjahr auch unseren Salat bei dir kriegen. Brauchst ja nicht so viel zu düngen, den Kompost machen wir. So ein »Wir-Gefühl«, wissen Sie, daß dieses persönliche Verhältnis da ist, das muß man vielleicht mal sehen. Wissen Sie, jeder von uns kommt auf die Welt und hat ja eigentlich das Recht auf ein viertel Hektar Land in Deutschland, im Bundesgebiet. So viel steht uns zu, denn wir müssen nun mal von den Früchten dieser Erde leben. Da kommen wir gar nicht drumherum. Also gehört uns eigentlich, wenn wir geboren werden, ein viertel Hektar Land, damit wir davon leben können. Nun kann man sagen, vertragsmäßig, ohne daß es ausgesprochen ist, haben wir das den Bauern übergeben, die machen für uns die Nahrungsmittel. Aber die Verantwortung für dieses viertel Hektar Land müßten wir eigentlich bis zu unserem Tod hier auf der Erde behalten. Irgendwo ist das ja für alle gleich, er ist ja nicht vermehrbar, der Grund und Boden. Wenn man mal diese Gesichtspunkte nur andenkst – ich will das nicht weiter ausführen, nur anden-

ken –, dann haben wir auch alle für dieses Stück Land unsere Mitverantwortung.

Dann ist ein anderer Punkt, der auch einfach von der Landwirtschaft zu fordern ist, das ist die Öffentlichkeitsarbeit. Wie engagierst du dich, um deine Sachen zu vertreten? Dann die pädagogischen Maßnahmen. Es gibt da ganz tolle Modelle, wir haben das immer erlebt, wenn die Schüler und Kinder auf den Hof kommen. Erst gehen sie um so eine Pfüze herum und sagen »igitt« und so, dann sind die Schuhe dreckig. Aber gerade bei uns im Kreis hieß es auch, wissen Sie, die Schwalben können ohne diese Pfüze gar nicht ihre Nester bauen. Und diese ganzen Zusammenhänge bringen wir den Kindern hautnah bei. Die vier Grundschulen aus der näheren Umgebung, aus Neustadt mit 28 Klassen und aus Grömitz kommen regelmäßig. Da sind jede Woche drei Tage besetzt mit Schulklassen auf dem Hof. Die Kinder haben da wirkliche »Aha-Erlebnisse«. Sie haben erlebt, wie Kälber und Lämmer geboren wurden, wie die Katze eine Maus gefangen hat. Was ist nun, soll ich der Katze die Maus wegnehmen. Sie spielt damit, sie quält sie, was ist nun eigentlich? Die Kinder kommen da wirklich mit der Realität zusammen. Und solche Sachen – und das wollten wir auch gerne, daß das ein Modell für Schleswig-Holstein wird. Wir haben da eine gewisse Unterstützung schon von seiten des Kultusministeriums rein ideell und hoffen, damit auch andere Höfe so etwas nachvollziehen können, daß das auch finanziell mal ausgestattet wird, einfach damit diese Trennung von Stadt und Land aufhört.

Das Problem unserer Landwirtschaft ist, die anderen sagen, die machen nur Mist da in der Landwirtschaft, und wir haben nur die Probleme. Aber daß wir alle in einem Boot sitzen, das müssen wir von der Pieke auf wieder lernen. Unsere Kinder lernen das am besten, indem sie es erlebt haben. Das ist der Anfang. Da liegen ganz große Aufgaben, auch in der Landwirtschaft. Das sind diese pädagogischen Maßnahmen.

Als neuntens sind einfach auch ästhetische Maßnahmen zu nennen, daß wir nicht irgend einen häßlichen Kasten in die Landschaft setzen. Wir haben ja einfach auch eine Verantwortung für die Mitmenschen. Und da können eben auch diejenigen, die sich so um einen Hof scharen, sagen, also unser Hof, nicht nur unser Dorf, soll schöner werden. Hier dieses blöde Dach, da kann man doch ein bißchen was machen, ganz einfache Mittel, helfen wir mal mit. Wir sind handwerklich begabt, wir helfen ihm dabei.

Die ästhetischen Maßnahmen sind sehr wichtig, man muß es doch auch verkaufen können. Und dann letztlich eben diese ethischen Maßnahmen. Ich habe das so unter dem Begriff zusammengefaßt: Wir sind eben nicht die letzte Generation auf diesem Planeten. Daß man da auch noch so ein paar Kriterien zusammenfaßt, damit wir eine Sache haben, die weitergeht.

Und mit diesen Sachen, wenn man das so ein bißchen als Anregung für Werbemaßnahmen nimmt, daß man sagen kann, in drei Jahren haben sich 20% der Höfe diesem Punktesystem angeschlossen, das könnte einen Werbeeffect auch für ganz Schleswig-Holstein haben und vielleicht auch einen Modelleffect für andere Länder. Dann kriegen die Landwirte wieder einen Anstoß, die merken, daß sie wieder ein bißchen Rückenwind kriegen, und die Verbraucher, die können da mittun. Da können einige aus dem Urlauber-Parlament auch mit in die Jury rein, die dann diese Höfe besichtigen und bewerten. Dann kann man das auch noch irgendwie honorieren, wenn man will. Aber man kriegt so einen Blick in die Zukunft und ist nicht darauf angewiesen, daß wir erst Gesetze machen müssen.

Einige Schwerpunkte der Diskussion

– Große Gefahr geht für Nord- und Ostsee von der Massentierhaltung (Gülle) aus. Die Einhaltung bestehender Gesetze und Vorschriften wird immer wieder unterlaufen. Wegen der schwierigen Beweisführung führt rechtswidriges Verhalten oft nicht zu einer Bestrafung.

- Auf internationaler Ebene ist es noch schwieriger, Auflagen des Umweltschutzes durchzusetzen. Einige Bundesländer weigern sich, bindende EG-Richtlinien in die Tat umzusetzen.
- Problem Abfallverwertung am Beispiel Strohverbrennung auf der Insel Fehmarn. Die Situation: Auf Fehmarn wird fast ausschließlich Getreide angebaut. Jährlich fallen etwa 50000–70000 Tonnen Stroh an. Da auf der Insel kaum Vieh gehalten wird, gibt es vor Ort keine wirtschaftliche Verwertung dafür. Das Stroh wird auf dem Acker verbrannt. Zur Zeit bereitet das Land Schleswig-Holstein ein Gesetz vor, um die Strohverbrennung zu verbieten. Eine mögliche Verwendung: Transport in andere Landesteile, wobei eine Mischung von Stroh und Gülle den biologischen Abbau beschleunigen könnte.
- Die schleswig-holsteinische Landesregierung unterstützt die Umstellung von landwirtschaftlichen Betrieben auf ökologischen Landbau. Dennoch sollte die Förderung verstärkt werden. Zum Beispiel in Form eines Agrarkulturpreises, der nach ökologischen Maßstäben, Aspekten der Tierhaltung, aber auch der Öffentlichkeitsarbeit, vergeben werden könnte. Bislang werden in Schleswig-Holstein erst ein Prozent aller Betriebe nach ökologischen Gesichtspunkten geführt – und das ist deutlich mehr als in anderen Bundesländern.

Ausschuß 3: Forderungen an die Verbraucher

*Gesprächsleitung: Otto Deppe
Leiter des Reiseressorts beim Saarländischen Rundfunk*

*Einführungsreferat von
Prof. Dr. Knut Olaf Gundermann
Hygieneinstitut Kiel*

Die Klärung der Abwässer ist ganz offensichtlich ausreichend für die Beseitigung der Salmonellen. Hier hat sich weder Verschlechterung noch Verbesserung ergeben. Salmonellen sind ein Indikator für Keime, die beim Menschen Erkrankungen auslösen können. Dabei muß man darauf hinweisen, daß Salmonellen nicht nur vom Menschen kommen, also nicht nur über menschliche Abwässer, sondern genauso gut von Rindern, Schweinen und anderen Tieren.

Wir wissen von unseren Untersuchungen vom Schlachthof in Kiel, daß die Zusammensetzung bestimmt, was nachher in den Abwässern drin ist, zum Beispiel auch hinsichtlich der Kolibelastung. Im Bereich der Lübecker Bucht, am Priwall, hat es ja mal (kurze Zeit im Jahre 1989, d. Red.) ein Badeverbot

gegeben, weil die Grenzwerte überschritten waren. Sie schwankten mal ganz dicht oberhalb des Grenzwertes und mal ganz dicht darunter, aber so, daß wir gesagt haben: Hier sollte man tunlichst Ursachenforschung betreiben. Durch die Sperrzonen an der Grenze (der Priwall war Grenze zur DDR, d. Red.) hat es dort große Seevogelkolonien gegeben. Der Strand geht ja direkt ran bis kurz vor den Zaun. Es kann durchaus sein, daß die Ausscheidungen der Seevögel für die erhöhten Werte verantwortlich waren und es gar keine andere Ursache gibt.

Hinsichtlich der chemischen Werte haben wir die Ergebnisse des Vorjahres bestätigt bekommen: Die Schwermetallkonzentrationen liegen deutlich unterhalb der Trinkwassergrenzwerte. So um die hundert Parameter haben wir untersucht, vor allem auch die Pestizide. Wir haben nur in Einzelfällen überhaupt mal ein Pestizid nachweisen können. Die übrigen Pestizide sind unterhalb der Nachweisgrenze. Das heißt

natürlich nicht, daß wir nicht doch welche finden, wenn die Nachweisgrenze in den nächsten Jahren weiterhin verbessert wird.

Während die nachgewiesenen Schwermetall- und Pestizidkonzentrationen für den Menschen absolut unschädlich sind, haben sie ökologisch natürlich eine ganz andere Bedeutung. Hier kriegen wir Anreicherungen über die Nahrungsketten. Tiere kommen durch die Einleitungszonen, so daß sie dort vermehrt etwas aufnehmen können. Das kann sich dann in der Nahrungskette weiter anreichern. Darum müssen hier ganz andere Bewertungskriterien hinsichtlich der echt giftigen Stoffe gelten. Dazu kommt das große Problem der Nährstoffbelastung.

Stickstoffverbindungen, Nitrit, Nitrat, sind ebenso wie Phosphat Nährstoffe, die an sich in den üblicherweise vorkommenden Konzentrationen nicht giftig sind. Im Gegenteil! Aber die Überdüngung führt dazu, daß wir hier Massenvermehrungen von Wasserpflanzen, speziell von Algen, kriegen. Wenn die absterben, kommt es im Wasser zu Sauerstoffmangel, es gibt tote Zonen. Wir kennen das von der Überdüngung der Flensburger Förde, die schon seit relativ langer Zeit lange Zeiten im Jahr sauerstofffrei wird. Hier kam es im Frühsommer (1989, d. Red.), bedingt durch die hohen Temperaturen, schon sehr frühzeitig zu starker Algenvermehrung. Als sich die Temperaturen ein bißchen änderten und Wind auftrat, haben sie sich sehr bald wieder aufgelöst. Eine Massenvermehrung von Braunalgen, wie wir sie 1988 hatten, ist in diesem Jahr (1989, d. Red.) nicht aufgetreten. Auch dies ist wahrscheinlich mehr klimatisch bedingt, nicht etwa durch eine Verbesserung der eutrophen Bedingungen. Eutroph heißt: Wir liegen in einem Bereich, wo einfach optimale Nährstoffbedingungen da sind.

Die Frage, die für den Badenden auftritt: Sind die Algen, die sich da vermehren, unter Umständen giftig für den Menschen? Wir haben zu Beginn der Saison Fragebogenaktionen bei sämtlichen Ärzten im Lande veranstaltet, haben gefragt, ob jetzt irgendwo Hauterscheinungen oder irgendwelche Erscheinungen aufgetreten sind, die man mit dem Baden in Beziehung bringen könnte. Es wurde kein einziger Fall gemeldet, der darauf zurückzuführen war. Das heißt: Entweder sind diese Algen – sofern die Leute überhaupt damit in Kontakt gekommen sind – nicht in einer problematischen Konzentration aufgetreten, oder es ist eben nichts dagewesen, was den Menschen beeinträchtigen könnte.

Aber ökologisch ist die Situation hinsichtlich der Überdüngung außerordentlich bedenklich. Leider sind die Untersuchungen nicht so weitergegangen, wie wir es erhofft hatten, weil Gelder nicht bewilligt wurden. Wir wollen ja noch Sedimentuntersuchungen im Strandbereich machen. Es ist ja bekannt, daß es zwischen dem, was zwischen den Sedimenten, etwa an Schwermetallen, abgelagert ist, und der Fließphase des Wassers darüber Austauschvorgänge gibt. Für den

Menschen ist das relativ uninteressant, aber ökologisch ist das gerade in einem Boden, wo die Kinderstube vieler Tiere ist, ein Problem. Große Sorgen macht uns, daß über Phosphatersatzstoffe in den Waschmitteln die sonst weitgehend unlöslichen Schwermetalle wieder in Lösung kommen könnten. Wir hoffen daher, daß man im Endeffekt zu anderen Ersatzstoffen kommt oder, wenn wir die Phosphatfällungen haben, um Gottes Willen wieder zurückkehrt zum Phosphat in den Waschmitteln.

Nach dem Referat formulierten die Ausschlußmitglieder nach zum Teil heftigen Diskussionen **zwölf kurzgefaßte Thesen**. Einigkeit bestand darüber, daß sie nicht immer problemlos umgesetzt werden können.

1. Der Verbraucher muß akzeptieren, daß Umweltschutz auch Verzicht bedeutet. Umweltschutz kennt keine Grenzen. Jeder muß in seinem Bereich beginnen.
2. Der Verbraucher soll seinen Urlaubsort, seine Unterkunft, nach dem Gesichtspunkt der Umweltfreundlichkeit auswählen.
3. Die Benutzung von Privatautos ist zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel auf ein Minimum zu begrenzen.
4. Der Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Wasser ist einzuschränken.
5. Müll muß möglichst vermieden, anfallender Abfall wiederverwertet werden.
6. Beim Einkauf umweltfeindliche Verpackungen wie PVC und andere Kunststoffe meiden, keine Wegwerfprodukte kaufen. Umweltfreundliche Produkte müssen gekennzeichnet sein.
7. Hersteller und Vertreiber müssen auch für die Entsorgung verantwortlich sein, z. B. Medikamentenrücknahme durch Apotheken.
8. Der Verbraucher soll Naturschutzgebiete akzeptieren und die Arbeit von Umweltschutzorganisationen unterstützen.
9. Im Haushalt soll der Gebrauch von umweltbelastenden Stoffen auf das Notwendigste begrenzt werden, d. h. zum Beispiel Verzicht auf Weichspüler und Sanitärreiniger.
10. Der Verbraucher soll eine bessere Abwasserreinigung fordern und bereit sein, dafür zu zahlen.
11. Der Verbraucher soll im eigenen Garten keine chemischen Pflanzenschutzmittel verwenden und eigenen Kompost einsetzen.
12. Der Verbraucher soll sich mehr um Aufklärung bemühen und die Zusammenarbeit mit Politikern und Wirtschaft verstärken, damit gemeinsame Lösungswege zur Rettung von Nord- und Ostsee erstellt werden können.

Die Beschlüsse des Urlauber-Parlaments

Nach Anhörung und Diskussion der Berichte aus den Arbeitsausschüssen faßte das Urlauber-Parlament Schleswig-Holstein einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Bund, Länder und Gemeinden werden aufgefordert, unter Beteiligung von Wissenschaft, Verbänden und Institutionen ein integriertes nationales Handlungskonzept zum Schutze von Nordsee und Ostsee zu entwickeln. Dieses Programm soll mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Durch eine Effizienzkontrolle soll sichergestellt werden, daß die zur Verfügung stehenden Finanzmittel optimal eingesetzt werden.

2. Die von den Ausschüssen erarbeiteten Empfehlungen und Forderungen sollen in einem aus Mitgliedern des Urlauber-Parlaments gebildeten elfköpfigen Umsetzungsausschuß konkretisiert werden. Der Ausschuß soll die Dokumentation und Publikation der Ergebnisse vorbereiten und auch darüber beraten, ob, wann, wo und wie das Urlauber-Parlament zu einer weiteren Sitzung einberufen werden sollte.

Auf Einladung der Norddeutschen Naturschutzakademie trat der Umsetzungsausschuß im Februar 1990 zu seiner ersten Sitzung an der Norddeutschen Naturschutzakademie in Schneverdingen zusammen.

Anregung und Kritik

Briefe zur Bonner Veranstaltung

Das Briefecho, das im Fremdenverkehrsverband nach der Sitzung des 2. Urlauber-Parlaments in Bonn einging, war ausgesprochen lebhaft: Neunzehn Parlamentarier äußerten Anregung und Kritik, einige der Briefschreiber sehr durchdacht und detailliert.

Kritikpunkte

- In erster Linie die ausführlichen Ausführungen der Politiker und Wissenschaftler. Mehrere Briefschreiber äußern, man kenne diese Stellungnahmen ohnehin bereits. Man könne sie auch überall nachlesen. Sie seien »langatmig«, »parteidarstellend« gewesen, hätten »genervt«. Um sie zu hören, »hätte niemand nach Bonn zu fahren brauchen«. Statt dessen hätten lieber die Parlamentarier stärker zu Wort kommen sollen. Die seien »nur einen Bruchteil der Zeit« zu Wort gekommen.
- Der härteste Kritiker: Der Fremdenverkehrsverband sei ohnehin nur wegen Umsatzsteigerung am Schutz von Umwelt und Natur interessiert.
- Für die Ausschusssitzungen wird eine »klarere Themenstellung« gewünscht, mehr Zeit zur Diskussion. Viele der Parlamentarier hätten offenbar nach

den Ausführungen der hochqualifizierten Sachverständigen keinen Mut mehr gehabt, sich zu Wort zu melden. Ein großer Teil sei während der Ausschusssitzung stumm geblieben und hätte erst nach Beendigung der Sitzung gewagt, eine eigene Meinung zu äußern.

- Einige Parlamentarier hätten sich von der Sitzung lediglich zwei schöne Tage in Bonn versprochen (»netter Kurzurlaub«). Es habe sogar Parlamentarier gegeben, die tatsächlich noch keinen Urlaub in Schleswig-Holstein verlebt hätten.

Anregungen aus den Briefen für ein (eventuell stattfindendes) 3. Urlauber-Parlament:

- Weniger Statements, mehr Ausschußarbeit
- Kleinere Gruppen
- Mehr Zeit zum Erstellen der Ausschuß-Schlußberichte
- Förderung der Teilnahme weiterer Umweltschutzorganisationen, auch aus dem Ausland
- Die Tagung sollte mit einem Demonstrationzug mit Kundgebung beendet werden (Medienwirkung!)
- Die nächste Tagung sollte in Schleswig-Holstein stattfinden – diese Anregung wurde in mehreren Briefen geäußert.

Rahmen für ein nationales Handlungskonzept zur Rettung von Nordsee und Ostsee

Im Verlauf seiner Sitzung vom 24./25. November 1989 in Bonn erhob das Urlauber-Parlament Schleswig-Holstein einstimmig die Forderung nach einem »Nationalen Handlungskonzept zur Rettung von Nordsee und Ostsee«. Diese Forderung wurde auf der Sitzung des Delegiertenrates am 10./11. Februar 1990 in Schneddingen erneut erörtert und im wesentlichen wie folgt begründet:

1. Der Schutz von Nordsee und Ostsee ist eine nationale Aufgabe, deren Lösung die Einsichtsfähigkeit und das wirtschaftliche Vermögen des einzelnen, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Kommunen, der Länder und des Bundes überfordert.
2. Die föderale Struktur Deutschlands und die damit verbundene vielfältige Verteilung von Aufgaben des Umweltschutzes auf Bund, Länder und Kommunen erschwert ein koordiniertes und effektives Verhalten aller Beteiligten.
3. Vom Ansatz her zu begrüßende Aktivitäten einzelner Kommunen, Länder oder des Bundes führen dazu, daß Mittel für Umweltschutzmaßnahmen eingesetzt werden, deren Effektivität wissenschaftlich nicht erwiesen ist. Außerdem werden öffentliche Mittel für Maßnahmen aufgewendet, die andernorts wesentlich effektiver verwandt werden könnten.
4. Ein von allen beteiligten Bereichen gemeinsam erarbeitetes Konzept bietet die große Chance, Konfrontationen zu lösen und mehr Mittel und Kreativität im Interesse des Schutzes von Nordsee und Ostsee freizusetzen.

Der Delegiertenrat bittet die Regierungen von Bund und Ländern, die Vertreter der Wissenschaft, des Umweltschutzes, des Bundes, der Länder und der Kommunen zu einer nationalen Nordsee- und Ostseekonferenz einzuladen, in der das Handlungskonzept beraten und verabschiedet werden sollte. Der Entwurf des zu beratenden Konzepts sollte nach Auffassung des Urlauber-Parlaments Schleswig-Holstein folgende Inhalte haben:

- I. Bestandsaufnahme
- II. Steuerungsmöglichkeiten national
 1. Forschung
 2. Gesetzgebung
 3. Richtlinien
 4. Vollzug von Gesetzen und Vorschriften (Kontrolle, Fristen, Strafen)
 5. Investitionen der öffentlichen Hand
 6. Umweltbewußtes Verhalten
 - a) freiwillige Einschränkungen und Investitionen
 - b) umweltgerechte Abfallbeseitigung
 - c) Recycling
 7. Öffentlichkeitsarbeit
- III. Steuerungsmöglichkeiten international
 1. EG-Recht, EG-Abkommen
 2. Investitionen
 3. Öffentlichkeitsarbeit, Information
- IV. Effizienzanalyse
- V. Nationales Handlungskonzept zur Rettung von Nordsee und Ostsee

Veröffentlichungen aus der NNA

»NNA-Berichte«

(ISSN 0935-1450)

Band 1 (1988)

Heft 1: **Der Landschaftsrahmenplan**

75 Seiten, Preis: 9,- DM*

Heft 2: **Möglichkeiten, Probleme und Aussichten der Auswilderung von Birkwild (*Tetrao tetrix*) / Schutz und Status der Rauhfußhühner in Niedersachsen**

60 Seiten, Preis 9,- DM*

Band 2 (1989)

Heft 1: **Eutrophierung – das gravierendste Problem im Naturschutz?**

70 Seiten, Preis: 9,- DM*

Heft 2: **1. Adventskolloquium der NNA**

56 Seiten, Preis: 11,- DM*

Heft 3: **Naturgemäße Waldwirtschaft und Naturschutz**

51 Seiten, Preis: 10,- DM*

Band 3 (1990)

Heft 1: **Obstbäume in der Landschaft / Alte Haustierrassen im norddeutschen Raum**

50 Seiten, Preis: 10,- DM*

Heft 2: **Extensivierung und Flächenstillegung in der Landwirtschaft / Bodenorganismen und Bodenschutz**

56 Seiten, Preis: 10,- DM*

Heft 3: **Beiträge zur Naturschutzforschung in Deutschland**

erscheint im Januar 1991

* Bezug über die NNA; die Preise verstehen sich zuzüglich einer Versandpauschale.

»Mitteilungen aus der NNA«

(ISSN 0938-9903)*

1. Jahrgang/1990

Heft 1: **Seminarbeiträge zu den Themen**

- Naturnahe Gestaltung von Weg- und Feldrainen
 - Dorfökologie in der Dorferneuerung
 - Beauftragung für Naturschutz in Niedersachsen
 - Anspruch und Wirklichkeit
 - Bodenabbau – fachliche und rechtliche Grundlagen
- Tätigkeitsbericht vom FÖJ 1988/89

Heft 2: **Beiträge aus dem Seminar**

- Der Landschaftsrahmenplan – Leitbild und Zielkonzept
- 14./15. März 1989 in Hannover

Heft 3: **Seminarbeiträge zu den Themen**

- Landschaftswacht – Aufgaben, Vollzugsprobleme und Lösungsansätze
- Naturschutzpädagogik

Aus der laufenden Forschung an der NNA

- Belastung der Lüneburger Heide durch manöverbedingten Staubeintrag
- Auftreten und Verteilung von Laufkäfern im Pietzmoor und Freyerser Moor

Heft 4: **Katalog zur Kunstausstellung »INTEGRATION«**

Natur, Naturwissenschaft, Kunst und Musik / Marianne Greve

* Bezug über die NNA; erfolgt auf Einzelanforderung in der Regel kostenlos.



